

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 20 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4092A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5.

Montag, den 7. Januar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der „Liberallismus“ des Liberallismus!

Der deutsche Liberallismus ist allererst ein trauriges politisches Gewächs gewesen. Er war allzeit Halbheit und Feigheit. Von nutzlosen Kämpfen, wie sie der englische, der französische, italienische und belgische Liberallismus in seiner Jugendzeit führte, weiß die Geschichte des deutschen Liberallismus und speziell des preussischen nichts zu erzählen.

Den jämmerlichen Verfall der deutschen Revolution von 1848 und 49, obgleich diese Revolution die Wirkung seiner Lehren war, hat in erster Linie die feige und charakterlose Haltung des Liberallismus verschuldet.

Die traurige Rolle, die speziell der preussische Liberallismus auch in den Budgetkämpfen der Jahre 1861 bis 1866 spielte, ist in Dasselbes berührt gewordenen Vorträgen über jene Verfassungskämpfe und in seinem Antwortschreiben an das bayerische Arbeiterkomitee in drastischer Weise geschildert.

Doch war die Rolle, die in jener Zeit der vorgeschrittene Liberallismus spielte, gegen heute eine Nebenrolle zu nennen. Seine Epigonen reichen ihren Vorgänger nicht das Wasser.

Der Tiefstand des Liberallismus setzte ein mit der Gründung des Deutschen Reiches. 1867 hatte die sogenannte Fortschrittspartei noch in dem konstituierenden Norddeutschen Reichstage gegen die Bundesverfassung gestimmt und zwar, wie damals das führende Organ der preussischen Fortschrittspartei, die „Berliner Volkszeitung“ ausführte, weil diese Verfassung ein elendes zusammengestoppeltes Ding sei, das seines gleichen in keinem Lande der Welt habe.

Aber als es sich im November 1870 darum handelte, dieses elende zusammengestoppelte Ding zur Reichsverfassung zu machen, stimmte nimmehr die ganze Fortschrittspartei dafür.

Im Jahre 1874 wurde das gegenwärtig noch bestehende Preßgesetz beraten. Die Unzufriedenheit mit dem Entwurf war allgemein, denn erlangte derselbe Gesetzeskraft, so vertauschten die meisten deutschen Staaten — Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, die gesamten sächsischen Staaten usw. — ihre viel freisinnigeren Landespreßgesetze mit einem schlechteren Reichspreßgesetz. Dem entsprechend hatte die Fortschrittspartei beschlossen, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Darauf erklärten die Nationalliberalen durch den Mund von Lasker: wenn die Fortschrittspartei nicht für den Preßgesetzentwurf stimme, würden auch sie dagegen stimmen, denn sie hätten nicht Lust zu dulden, daß man ihnen später ihre Abstimmung zum Vorwurf mache.

Und jetzt kroch die gesamte Fortschrittspartei zu Kreuze und stimmte wider ihre bessere Überzeugung für den Gesetzentwurf. So ward derselbe Gesetz.

In demselben Jahre (1874) brachte die Fortschrittspartei im Reichstag einen Entwurf für ein Reichsvereins- und Versammlungsgesetz ein. Als der Entwurf bekannt wurde, entstand in den vorgeschrittenen Kreisen ein Sturm der Entrüstung; er war eine wenig verbesserte Auflage des bestehenden preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes und würde, wurde er Gesetz, abermals den bestehenden Zustand in einer Reihe deutscher Staaten verschlechtern. Zum Glück jedoch wurde er nicht durchberaten. Der Freiheitsbegriff der preussischen Liberalen findet seine Grenzen an dem, was eine mächtig liberale Polizei noch für erlaubt achtet.

Bekanntermaßen ist die Freisinnige Volkspartei — der Nachfolger der alten Fortschrittspartei — von jeher bei den Stichwahlen zum Reichstag der Sozialdemokratie gegenüber ein sehr unsicherer Geselle gewesen. Wäre die genannte Partei das, was sie sein will, nämlich eine wirklich liberale Partei, so müßte sie bei allen Stichwahlen, wo ein Sozialdemokrat und der Kandidat einer weither rechts stehenden Partei in Frage kommt, für den Sozialdemokraten stimmen. Denn die Sozialdemokratie stimmt stets für wirklich liberale Entwürfe im Parlament, wenn ihre eigenen Entwürfe abgelehnt werden. Auch hat die Sozialdemokratie an einer liberalen Gestaltung des Staatswesens das größte Interesse, denn diese muß ihr lieber sein, als eine agrarisch-reaktionäre.

Aber aus Haß und Furcht vor der Sozialdemokratie stimmt die Freisinnige Volkspartei unter zehnmal mindestens neunmal für den Gegner und sei er der größte Feind des bestehenden Reichstagswahlrechts, ein in der Wölle gefährdeter Reaktionär, Brot- und Fleischwucherer und agrarischer Diebesjäger.

Das kam bereits drastisch im Jahre 1878 zur Erscheinung als im Erfurter Wahlkreis der Sozialdemokrat Kapell mit dem freikonservativen Lucius in die Stichwahl kam. Als die Freisinnigen des Erfurter Wahlkreises bei Eugen Richter anfragen: für wen sie stimmen sollten, antwortete dieser per Telegramm: Lieber Lucius als Kapell! Und so wurde ersterer gewählt.

Bekanntlich ist dieses die Taktik der freisinnigen Volkspartei bis heute. Die Herren Freisinnigen werden sich also nicht wundern dürfen, wenn die Sozialdemokratie dieses elende Spiel endlich satt bekommt und bei den nächsten Stichwahlen alle Freisinnigen durchdrängen läßt, wo sie dazu die Macht hat. Ob ein halb Dugend oder ein Dugend Freisinnige mehr oder weniger im Reichstage sitzen, darauf kommt es schließlich auch nicht mehr an.

Als 1878 der zweite Sozialstengengesetzentwurf beraten wurde, mußte sich die Freisinnige Volkspartei — Deutsch-Freisinnige hießen sie damals — zwar anstandslos dagegen erklären, ihr Wortführer Prof. Hänel-Kiel aber machte namens der Partei einen Vorschlag, der, wenn er angenommen wurde, noch schlimmer als das Sozialstengengesetz gewesen wäre. Er machte den Vorschlag, den § 180 des Strafgesetzbuches dahin abzuändern, daß jeder Angriff auf die Institute des Privateigentums, der Ehe und Familie mit Gefängnis bestraft werden solle. Ein ganz ungeheurer Vorschlag, der jede wissenschaftliche Kritik an den bestehenden sozialen Einrichtungen unmöglich gemacht hätte.

Schmelbar war der vorgeschrittene Liberallismus Gegner des Sozialstengengesetzes. Als aber im März 1884 die Verlängerung des Sozialstengengesetzes auf der Tagesordnung des Reichstages stand und Klusicht vorhanden war, daß dasselbe keine Mehrheit finde, stimmten von den über 90 Mitglieder starken Deutsch-Freisinnigen — der damalige Name der Fraktion — 27 für das Gesetz und ein großer Teil fehlte, weil der Vorstand der Fraktion ihn brieflich hatte wissen lassen, seine Anwesenheit sei nicht erforderlich.

Da damals die Verlängerung des Gesetzes nur mit 189 gegen 187 Stimmen angenommen worden war, hatten die Deutsch-Freisinnigen es in der Hand, das Gesetz zu Fall zu bringen.

Der Freisinn will auch Gegner des Wuchertarifes und der Lebensmittelvertenerung sein. Als aber im Sommer 1902 die Sozialdemokraten in der Tarifkommission des Reichstages alles aufboten, um die Beratung hinzuzusetzen, wurden sie dabei von den Vertretern der Freisinnigen Volkspartei im Stich gelassen. Und als im Herbst 1902 die Sozialdemokratie im Reichstage bei Beratung des Zolltarifs Obstruktion machte, um zu verhindern, daß der Zolltarif vor den Wahlen von 1903 Gesetz werde, ist damals die Freisinnige Volkspartei unter Führung Eugen Richters ihr in den Arm gefallen und hat die Obstruktion, die sie z. B. bei der Verheißung selbst mitmachte, bekämpft. Damals rief Bebel Richter zu: er sei ein Verräter der Minorität, ein Wort was sich bewahrheitete. Die Freisinnige Volkspartei wollte um jeden Preis die Durchberatung des Zolltarifes vor den Wahlen im Juni 1903, weil sie sonst bei den engeren Wahlen nicht auf die Unterstützung des Zentrums und der übrigen Zollwucherparteien rechnen konnte.

Zweideutig wie in allen den erwähnten Fragen ist auch der Freisinn in bezug auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Öffentlich scheint er dafür zu sein, heimlich ist er dagegen und zweifellos nur ein sehr lauer Freund. Käme es auf den Liberallismus an, wäre das bestehende Reichstagswahlrecht nie eingeführt worden. Das zeigt schon sein lauer und stauer Kampf für dasselbe in Preußen. Dagegen haben Angehörige der Freisinnigen Volkspartei sich sehr eifrig für die Verschlechterung bestehender Wahlgesetze ins Zeug geworfen. So hat in Hamburg der größte Teil der Freisinnigen sich für die Wahlverschlechterung erklärt. In Bayern waren sie jahrelang offene Gegner einer Wahlreform auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, bis die Furcht allen Kredit im Volke zu verlieren sie nötigte für die Wahlreform einzutreten. Die Verschlechterung der Staats- und Gemeinbewahlrechte in Lübeck, Kiel, Neumünster, Bremen, Nürnberg usw. bezw. die Unrechtserhaltung der bestehenden reaktionären Gesetze ist mit ihr Werk. Gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht in der Gemeinde ist der Freisinn wie ein Mann.

Der Umfall in der Kolonialpolitik, den er am 18. Dezember 1906 vollzog, wobei er durch seinen Antrag die eigentliche Regierungspartei wurde, ist noch in aller Gedächtnis. Früher entschiedener Gegner der Kolonialpolitik, die er mit ähnlichen Gründen wie die Sozialdemokratie bekämpfte, ist er jetzt ihr Anhänger und Verteidiger geworden.

Und dieselbe Wandlung vollzieht sich in der Partei in bezug auf die Flottenpolitik. Auch hierfür gibt es bereits in seiner Mitte starke Enthaltungen, und es fehlt bei der letzten Flottenvorlage nicht viel und die Partei stimmte dafür. Seitdem Richter tot ist, schwankt die Partei wie ein Schiff auf stark bewegter See.

Die Freisinnige Volkspartei hat stets eine Anzahl Staspositionen bekämpft, aber wenn es zur Endabstimmung kam, stimmte sie stets für den Stat. d. h. sie sprach damit der Regierung ihr Vertrauen aus und bewilligte ihr die Mittel zum Regieren, obgleich sie angeblich Gegnerin des agrarischen und konservativen Regierungssystems ist. So herrscht bei dem Freisinn überall die Heuchelei.

Am 6. November 1906 schrieb der „Vorwärts“ über einige andere Fragen:

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs war eine Gelegenheit gegeben, der Gesindeklaverei ein Ende zu machen. Mit den Sozialdemokraten waren damals Zentrum und Polen in der Kommission bereit, das Ausnahmegesetz aufzuheben. Bei der entscheidenden Abstimmung der Kommission im März 1896 stimmten von 19 Mitgliedern 8 Ultramontane, 1 Pole und 2 Sozialdemokraten für die Beseitigung der Gesindeordnungen, die beiden freisinnigen Mitglieder der Kommission stimmten jedoch mit den Junkern dagegen und brachten die Reform dadurch zu Fall.

Ja sogar das Eintreten für die Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter erachtete der Freisinn für vereinbar mit den freisinnigen „Prinzipien“. Als im anhaltischen

Landtag der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Bremer für ein Gesetz eingetreten war, das die Bestrafung des Kontraktbruches forderte, und als er deshalb Angriffe erfuhr, wandte er sich um Rat an die offizielle Parteileitung in Berlin. Der Geschäftsleiter schrieb ihm darauf wörtlich wie folgt:

„Sehr geehrter Herr! Für die Zugehörigkeit zur Freisinnigen Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. Ueber die Frage der Bestrafung des Kontraktbruches ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei.“

Ergebenst Dr. Müller-Sagan.“

So sieht der Freisinn aus, wenn man ihm das zerschlossene Mantelchen wohlfeiler demagogischer Lebensarten von den Schultern reiht!

Auch der Name Müb gau sagt genug. Dieselbe kurzlichtige und zugleich arbeitfeindliche Haltung wie in der Kommunalpolitik nimmt der Freisinn im Reichstage bei allen ersten sozialreformulischen Fragen ein. Bis vor wenig Jahren stand er noch gänzlich auf dem Mischelstandpunkte, bis die Furcht, auch den letzten Arbeiter aus seinen Reihen zu verlieren, ihn nötigte, sich etwas freundlicher zu verhalten.

Wer nach alledem noch für den Freisinn stimmt, sei er Arbeiter oder kleiner Mann, der ist mit unheilbarer geistiger Blindheit geschlagen. („Vorwärts“.)

Zur Reichstagswahl.

„Die Sozialdemokratie ist eine Klassenpartei, das heißt eine Partei, die rücksichtslos nur das Sonderinteresse der Arbeitnehmer vertritt, im Gegensatz zu den Arbeitgebern und den übrigen Berufsclassen. Die Sozialdemokratie läßt dabei vollständig außer Acht, daß die wahren Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, wohlverstanden, durchweg solidarisch sind.“ — So schreibt der „Stadt- und Landbote“ in einem Artikel, der dazu bestimmt ist, dem Bürger ein Grinsen vor der Sozialdemokratie beizubringen. Und das ist doch wenigstens zur Wahrheit sehr notwendig. Wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, hat der Verfasser aber anscheinend nicht begriffen, oder er verkohlt seine Leser. Es ist eine unbefreitbare Tatsache, daß es unter der herrschenden „göttlichen“ Weltordnung zwei Klassen von Menschen gibt, nämlich die besitzende Klasse, welche die besitzlose ausbeutet und auf deren Kosten schwelgt, und auf der anderen Seite eben die Klasse der Besitzlosen, der Ausbeuteten. Der Kampf, der geführt wird um Befestigung dieses unhaltbaren Zustandes ist der Klassenkampf. Hier gibt es keine „solidarischen Interessen“ der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gerade in Lübeck ist bereits durch das Bürgerstimmwahlgesetz eine Scheidung des Bürgertums in zwei Klassen vorgenommen worden, die nach der Maßgabe der Größe des Geldbesitzes Bevorrechtete und Entrechtete schafft. Die Sozialdemokratie sieht selbstverständlich auf Seite der Entrechteten und kämpft den Klassenkampf für die Gleichberechtigung aller. Nun hat aber das Organ des „Radikalfreisinn“, wie das Amtsblat den „Landboten“ früher so schön bezeichnete, seinen Haupttrumpf bis zum Schluß des erwähnten Artikels aufgespart. Es heißt dort: „Allerdings steht mit dem Charakter der Sozialdemokratie als Klassenpartei der Arbeiter im schneidenden Widerspruch der Umstand, daß die Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie durchweg nicht der Klasse angehören, die sie vertreten, sondern nach ihren bürgerlichen Verhältnissen „der Bourgeoisie“ zugerechnet werden müßten.“ — Hier kommt die be-rühmte „freisinnige“ Ehrlichkeit wieder zum Vorschein. Es wird allerdings in versteckter Form das Märchen aufgetischt, als gehörten unsere Genossen im Reichstage in der Mehrzahl nicht dem Arbeiterstande an. Schon oft ist dieser Schwindel widerlegt worden, doch kehrt er zur Wahrheit stets mit tödlicher Sicherheit wieder. Wenn tatsächlich nicht alle unsere Abgeordneten in ihrem erlernten Berufe tätig sind, so liegt das in der Hauptsache daran, daß es sehr wenig so anständige bürgerliche Arbeitgeber gibt, die einen Mann auch dann noch beschäftigen würden, wenn er hervorragend agitatortisch für die Sozialdemokratie tätig ist. Kann man doch tagtäglich beobachten, wie Leute deshalb gemahregelt werden, weil sie als Gewerkschaftler die Interessen ihrer Kollegen wahrnehmen. Der Stieb des „Landboten“ traf also vorbei!

Eine Antwort, die überflüssig ist.

Das Eintreten des freisinnig-volksparteilichen Reichsvereins in Göttingen für die Kandidatur des Prinzen Ernst zu Hohenlohe-Langenburg ist unter eigenartigen Umständen erfolgt. Erprinz zu Hohenlohe hat, als er von freisinniger Seite telegraphisch über seine Stellung zu den liberalen Grundforderungen, besonders zum Reichstagswahlrecht befragt wurde, eine Antwort erteilt, die ausweichend und wenig befriedigend war. Er betonte, welches Opfer er durch Annahme einer Reichstagskandidatur bringe, verwies auf die Grundsätze, die er während seiner fünfjährigen Regierungsführung im Herzogtum Gotha betätigt habe, und erklärte wegen des Reichstagswahlrechts, daß dessen Forderung von keiner Seite angeregt, seine Antwort deshalb überflüssig sei. Im Wahlkreise persönlich zu erscheinen, lehnte der Erprinz ab und

behielt sich vor, ob und welcher Partei er sich im Reichstag anschließen würde. Nebenfalls ist unseren Genossen durch die Antwort des Vorstuhls-Kolonialprinzen die Agitation für unseren Genossen Wolke, der das Mandat seit 1893 ununterbrochen inne hat, erodiert und vereinfacht worden.

Wahlkreisgeometrie.

Zum deutschen Reichstage besteht zwar bekanntlich das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, leider aber nur auf dem Papier. Besonders die Gleichheit des Wahlrechts ist völlig illusorisch. Die Regierung hat sich ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, die Einteilung der Wahlkreise so vorzunehmen, daß auf einen Wahlkreis 100 000 Einwohner kommen, im offenen Widerspruch zur Verfassung, fortgesetzt entzogen und widersteht. Die Folge davon ist die immer schreiender werdende Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung; die Stimmenzahlen der Parteien treten immer mehr in Disharmonie zu den Mandaten. Das wird am besten klar aus der folgenden kleinen Zusammenstellung. Es wurden 1903 bei der ersten ordentlichen Wahl

	Zahl gültige Stimmen	in Proz. aller Stimmen	Zahl Abgeordnete	in Proz. aller Abgeordneten
Konservative	948 448	10,0	54	13,6
Reichspartei	888 404	8,5	21	5,3
Nationalliberale	1 817 401	18,9	51	12,8
Freisinnige und Demokraten	872 658	9,2	36	9,1
Zentrum	1 875 273	19,7	100	25,2
Sozialdemokraten	8 010 771	81,7	81	20,4
Andere	1 187 698	12,0	54	13,6

Wie man sieht, kommen nur die Freisinnigen und Demokraten gerecht weg bei der Mandatsverteilung, die Nationalliberale haben schon einen Verlust an Abgeordneten und die Sozialdemokraten verlieren am meisten Sitze durch die Wahlkreiseinteilung. Zentrum und Konservative gewinnen dagegen stark. Eine gerechte Verteilung der Reichstagsitze unter die Parteien nach den Anteilen ihrer Stimmenzahlen ergebe für die 1903er Wahl ein ganz anderes Bild; dann hätten erhalten: die Konservativen 40 (statt 54) Mandate, die Reichspartei 14 (statt 21), die Nationalliberalen 55 (statt 51), die Freisinnigen und Demokraten 36 (wie sie wirklich hatten), das Zentrum 78 (statt 100), die Sozialdemokraten aber 126 (statt 81) und die anderen Parteien 48 (statt 54). Die jetzige Wahlkreiseinteilung bringt allein diese Ungerechtigkeiten zutage; sie ließ im Jahre 1903 zwar 40 663 Berliner konservative Stimmen im Reichstage unvertreten, verschaffte den Konservativen aber dennoch 14 Mandate zu viel. Von den 55 782 Berliner freisinnigen Stimmen waren im Reichstage nur 4268, allerdings zu hoch vertreten, und dennoch gleich die Wahlkreisgeometrie für das Reich diesen enormen Verlust der Freisinnigen durch andere Ungerechtigkeiten wieder aus. Underschied galt aber der Vertreter von Berlin VI mit 79 478 sozialdemokratischen Stimmen nur ebensoviel wie der in Schaumburg-Verden mit 4552 Stimmen gewählte national-liberale Abgeordnete, obwohl er nur etwa den zwanzigsten Teil der Stimmenzahl jenes auf sich vereinigte! Da seit der letzten Wahl die Bevölkerung in den industriellen Gegenden und den Großstädten weiter stark zugenommen hat, viel stärker als in den ländlichen Distrikten, so wird das Unrecht das die veraltete Wahlkreiseinteilung schafft, immer größer!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine verfrachtete Geheimbundsaktion. Am Donnerstag und Freitag kam in Gnesen der „Geheimbundsprozess“ gegen v. Chyranowski, acht Förster des Herrenhausmittels v. Koscielski und zwölf andere Teilnehmer eines geheimen Sokolwesens am 22. Oktober 1905 im Parte des Herrn von Koscielski in Wiloslaw zur Verhandlung.

In seinem Plaidoyer sagte der Staatsanwalt, es habe sich nicht mit Sicherheit feststellen lassen, ob die Versammlung eine öffentliche gewesen sei. Ebenso sei nicht erwiesen, ob Herr v. Chyranowski in einer Rede am Denkmal des Dichters Stowacki nationalpolnische Gefühle wecken wollte. Deshalb könne also eine Verurteilung der Angeklagten nicht erfolgen. Ob zu der Versammlung die polizeiliche Genehmigung hätte eingeholt werden müssen, sei ebenfalls nicht klargestellt. Die Verhandlung hat sich in dieser Beziehung ziemlich günstig für die Angeklagten gestaltet. Aber immerhin war die Versammlung, wenn sie auch den Charakter einer Privatgesellschaft trug, eine öffentliche. In dieser Beziehung muß also eine Verurteilung wegen Nichtanmeldung erfolgen. Dagegen beantragte er die Freisprechung gegen den Oberförster Storzewski und die acht Förster. Die Waffen, die sie trugen, waren alte Gewehre ohne Munition und dienten nur als Stafage. Der Staatsanwalt beantragte zum Schluß gegen den Abgeordneten v. Chyranowski und neun andere Angeklagte eine Geldstrafe von 60 Mk., gegen die übrigen Angeklagten Freisprechung.

Nachdem die Verteidiger der Angeklagten auf Freisprechung plädiert hatten, verkündete nach etwa zweistündiger Beratung der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Engel die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. In der Begründung führte er aus: Das Vereinsgesetz bestraft zwei Arten von Versammlungen, die nicht angemeldet sind: die Versammlungen politischer Vereine, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, und öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel. Der Gerichtshof ist der Meinung, daß die Sokolvereine politische Vereine sind. Es ist aber anerkanntes Recht, daß auch politische Vereine Versammlungen veranstalten können, in denen nicht öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, und in diesem Falle ist die Genehmigung nicht notwendig. Es ist nun nicht erwiesen, daß im Park von Putai öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden. Es läßt sich nur die Rede des Abg. v. Chyranowski in Betracht, deren Wortlaut nicht festgelegt ist. Das Turnen an sich könnte nun vielleicht eine Einwirkung auf das Nationalbewußtsein der Polen ausüben (!!), aber das ist keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Der Gerichtshof hat den Tatbestand einer öffentlichen Versammlung verneint. Der Gerichtshof ist ferner der Meinung, daß die Waffen der Förster lediglich zum Prunk und Zug dienen. — Wenn nun auch den Angeklagten nicht ihre Schuld hat nachgewiesen werden können, sind doch nicht alle unschuldig. Besonders ist nicht festzustellen, daß die Versammlung keine öffentliche war; wir haben nur nicht nachweisen können, daß sie öffentlich war. Die Angeklagten haben sich also selbst zuzuschreiben, daß sie auf die Anklagebank gekommen sind durch die geheime Art und Weise, in der sie vorgegangen sind. Der Gerichtshof hat deshalb die notwendigen Auslagen der Angeklagten nicht auf die Staatskasse übernehmen können. So fand eine große Justizaktion zur Beförderung der Potentatämpfung ein gar lässliches Ende.

Eine neue Polenverlage stellt die „Abn. Ztg.“ in einer ihr aus Berlin eingehenden offiziellen Mitteilung in Aussicht. Sie berichtet: „In amtlichen Kreisen ist man sich nicht

zweifelhaft darüber, daß die Regierung zur Fortführung der Anstiedelungspolitik in den vom Polentum bedrohten Landbestellen für den 1. April d. J. neue Mittel anfordern muß, da bis zu diesem Zeitpunkt der Anstiedelungsfonds bis auf einen geringfügigen Rest erschöpft sein wird. Im landwirtschaftlichen Ministerium fand, wie wir erfahren, gestern wieder eine Beratung der verschiedenen bei der Auffüllung des Anstiedelungsfonds beteiligten Ressortminister statt, und die Verhandlungen sind nun soweit gediehen, daß über eine neue Polenverlage in nächster Zeit im Staatsministerium beraten werden wird. Auch darüber scheint in amtlichen Kreisen kaum noch ein Zweifel zu bestehen, daß die bisherige Anstiedelungspolitik in mancher Beziehung fehlerhaft gewesen ist und daß es in Zukunft, um zu einem vollen Erfolg zu gelangen, in verschiedenen Richtungen einer Veränderung der bisherigen Maßnahmen bedarf. Ob hierbei auch eine Verstärkung der bisherigen Anstiedelungsmittel des Staates notwendig sein wird, um zum Ziele zu gelangen, wird eingehend erwogen. Jemand ein Weg, um das fortwährende, ungesunde Steigen der Grundstückspreise infolge der Tätigkeit der Anstiedelungskommission zu hindern, wird allerdings wohl gefunden werden müssen.“ Die Nachricht bestätigt vorläufig nur, daß die preuß. Regierung mit ihrer Polenpolitik am Ende ihres Latens ist. Und wenn sich die Herren Minister mit ihrem Stab von Bürokraten zu „schärferen“ Maßnahmen entschließen, so wird das bisherige Flakko nur größer werden.

Gegen den Abgeordneten Korfanty, den bisherigen national-polnischen Vertreter des Wahlkreises Kattowitz-Bezirk im Reichstage, ist ein gerichtliches Ermittlungsverfahren anhängig gemacht worden, weil er einen Beamten der fiskalischen Bergverwaltung veranlaßt haben soll, vertrauliche Akten herauszugeben, deren Inhalt er dann im Reichstage behandelte. In einem Falle handelt es sich um eine amtliche Lohnstatistik der oberbergschen Bergarbeiter, auf die er sich bei der Fleischnotbedatte stützte, im anderen Falle um angebliche Abmachungen des Fiskus mit der Kohlenfirma Wollheim, deren Erörterung im Parlament in Aussicht gestellt haben soll. Die Vernehmung Korfantis und einzelner Zeugen fand bereits vor dem Untersuchungsrichter statt. — Der Abgeordnete Korfanty hat unbedingten Anspruch auf den durch die Verfassung gewährleisteten Schutz der Immunität. Es muß daher auf das Entschiedenste dagegen protestiert werden, daß von neuem der Versuch gemacht wird, diesen Schutz der Immunität unwirksam zu machen.

Rußland.

Räuberischer Überfall. Freitag nachmittag drangen vier Männer der Terroristengruppe am Newski-Prospekt in die Wohnung des achtzigjährigen Generals Scherkin, des früheren Gouverneurs von Sibirien, ein. Sie banden ihn und seine Gattin an Stühlen fest und verlangten Geld für die Terroristenfrage. Hierauf erbrachen die Männer den Schreibtisch und raubten 1500 Rubel. Einer der Räuber wurde ergriffen, erschoss sich aber, bevor er abgeführt wurde.

Marakko.

Raisuli, der vielgenannte Räuber und Rebell, scheint jetzt anscheinend von den Regierungstruppen arg bedrängt zu werden. Zinat, die Festung, in welcher er sich aufhält, wird belagert und es ist auch bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Aus Langer wird unterm 6. Januar gemeldet: Kriegsminister Gebbas erhielt gestern Abend von den nach Langer gebrachten Verwundeten die ersten Berichte. Die scharifische Infanterie, die gegen 9 Uhr morgens in Schussweite der sehr gut gedeckten Raisulischen Schützenglinie kam, konnte, weil die Waffen der Zinatlinie weiter tragen als die scharifischen, wenig ausrichten. Trotz des anfeuernden Beispiels Ben Mansurs, des von Raisuli zu den Scharifischen übergegangen Hauptmannes, erzielte die Sultansinfanterie keine erheblichen Vorteile. Die Toten der scharifischen Mahalla und die Verwundeten wurden in eines der Jahs-Dörfer gebracht. Das Stammhaupt des Fahs-Stammes, Baggadi, zeichnete sich trotz seiner Verwundung durch persönliche Tapferkeit aus, besonders im Angriff gegen den tollkühn vorgehenden, dem Raisuli treuen Bergstamm Djebaias. Die Artillerie, über die Ben Mansur verfügte, zeigte sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Der algerische Instruktionsoffizier mußte auf Befehl der französischen Autoritäten in Langer bleiben. Heute morgen operierte die Artillerie etwas erfolgreicher. Wenn die Schätzung richtig ist, daß Raisuli in Zinat einen Verlust von 100 Mann erlitten hat, so bleiben ihm noch 30 600 Krieger.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag den 7. Januar.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hülsenarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Tischler! Ueber die Werkstatt des Tischlermeisters Kröger in Rensfeld ist wegen Anfertigung von Streifarbeit für Lübeck die Sperre verhängt.

Die Streikleitung.

Achtung, handgewerbliche Arbeiter! Ueber das Baugeschäft des Unternehmers Brieger (Kattowitz), Hochzosenwerk, ist seitens der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wegen Nicht-Anerkennung des Arbeitstarifs die Sperre verhängt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Eine stark besuchte öffentliche Wählerversammlung fand am Sonntagabend im Lokale Neu-Lauerhof statt. Unser Reichstagskandidat Genosse Th. Schwach, welcher als Referent erschienen war, bemerkte einleitend, er habe geglaubt, den Wahlkampf in anständiger Weise führen zu können. Dieses scheint aber den „Abn. Anzeigen“ nicht zu gefallen. Sie glauben vielleicht, aus dem Umfange, daß er die Person des Herrn Julius Klein in seinem Referate am Donnerstagabend „nicht ein einziges Mal genannt“ habe, den Schluß ziehen zu dürfen, daß er — der Referent — seinen, auf den Schultern des „staatsbehaltenden“ Blocks stehenden Gegenkandidaten fürchte. Das sei nicht der Fall. Wollte der Herr ein Längchen wagen, dann nur zu, ihm sei es recht. Im übrigen stehe er nicht an zu erklären, daß ihm die Person seines Gegners gleichgültig sei und daß er noch nicht die Geselligkeiten der Herren vom „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ nachzumachen gedenke. Er bekämpfe nicht die Person, sondern das Prinzip, zu dessen Träger sich doch Herr Klein anerkanntermaßen hergegeben habe. Denn als prinzipieller Gegner würde er auch den eigenen Bruder bekämpfen, ohne auch nur einen Augenblick zu vergessen, daß der Gegner sein leiblicher Bruder sei. Wenn aber die „Abn. Anz.“ glauben, ein Wahlkampf könne gar nicht anders als in Beschimpfungen der sich gegenüberstehenden Kandidaten geführt werden, so mögen das ja aus den „Domburger Nachrichten“ mit herübergenommene Anzeichen sein, die, wenn sie ja ja Ludwig geführt würden, eine Anwartschaft auf eine gute Pfunde im „Reichsverband u. s. w.“ in Aussicht stellen, zumal ja eine launige Seelenverwand-

tschaft die „Abn. Anz.“ mit „Reichsverband u. s. w.“ verbindet. So lange also der Wahlkampf hier sachlich und ohne in wertvollen geführt würde, werde er (Redner) sich jeder persönlichen Spitze enthalten. Will der Block es anders, dann kann auch er anders und auf jeden Schein zweite drauf geben. Zur Sache selbst glaubt Redner von der Kolonialpolitik für heute absehen zu können. Er habe sich bereits in zwei großen Versammlungen darüber in recht eingehender Weise geäußert. Er wolle es nun erst einmal abwarten, was der Blockkandidat darüber sage, und wie er sich zu den Kolonialkandidaten und Greuelitäten stellen werde und vor allem wie er über die Toppelsticherei und andere aus dem Kolonialstumpf immense Vorteile schöpfende Lieferanten und Spekulanten denkt. Für ihn — den Redner — sei die Kolonialfrage in diesem Wahlkampfe doch nur von ganz nebensächlicher Bedeutung. Wenn man sich doch mit ihr beschäftigen müsse, so nur aus dem Grunde, weil die bürgerlichen Blockparteien auf die Wästen von Südwestafrika ihre Wahlhoffnungen setzen und weil sie glauben, mit den Leist, Wehlau, Peters, Horn, Kannenberg und Prinz Prosper Arenberg die „nationale Ehre“ am besten verteidigen zu können. Für die Wähler kämen aber doch auch noch andere Dinge in Frage. Da sei zunächst einmal der Reichsetat für 1907—1908 in rechte Beleuchtung zu stellen. Er verzeichne bei einer Einnahme von insgesamt 1 356 444 000 Mark und einer Ausgabe von rund 1 678 1/2 Millionen Mark einen Fehlbetrag von rund 322 Millionen Mark. Dieser solle durch eine Anleihe von 265 Millionen Mark beschafft und der Rest von 57 Millionen Mark solle durch Abwälzung auf die Bundesstaaten (24 Millionen Mark) und auf neue Steuern (88 Millionen Mark) beschafft werden. Im Grunde genommen müsse das Volk die ganze Last allein tragen, denn schon allein an Zinsen für die Reichsschulden von 4068 Millionen Mark nach dem neuen Etat müssen die Steuerzahler eine jährliche Zinslast von weit über hundert Millionen Mark auf sich nehmen. Dazu käme die Abwälzung von 57 Millionen Mark auf die Bundesstaaten; auch hier müsse der Steuerzahler in den einzelnen Bundesstaaten die Lasten der Matruklarbeiträge auf seine Schultern nehmen. Und was die 88 Millionen Mark neue Steuern anlangt, so werde die hohe Reichsregierung schon wissen, woher solche genommen werden müssen. Ein neues „Finanzaufbesserungsgesetz“ werde kommen. Das Gesetz vom Mai 1906 zur Aufbesserung unserer Reichsfinanzen habe den Erwartungen nicht entsprochen, wie das Defizit im neuen Etat bewelse. Neue Steuern seien die Folge einer verkehrten Kolonial- und Weltmachtspolitik wie sie neuer in Deutschland betrieben werde. Dazu kämen die Forderungen der Militär- und Marineverwaltungen in einer Gesamthöhe von 1090 Millionen Mark. Zu dieser gewaltigen Summe kämen dann noch an Pensionen für das Reichswehr, die Marine und militärische Zivilverwaltungen 108 642 000 Mk., so daß mit dem übrigen zusammen eine Summe von 1 198 Millionen 642 000 Mark herauskämen. Dann seien im Etat für 1907 wiederum 66 Millionen Mark für die Schutzgebiete eingestellt worden. Die eigenen Einnahmen der Schutzgebiete betrügen aber nur rund 14 Millionen Mark. In den Jahren 1904—1906 hätte das Reich 471 Millionen Mark Zuschuß in die Kolonien hineinschießen müssen. Dafür sollen die Steuern und Zölle auf die notwendigsten Konsumartikel 1907 insgesamt 967 651 000 Mark einbringen. Demgegenüber sei es wohl an der Zeit, daß sich der Reichstag ganz energisch gegen diese Art volksverwüstende Politik wenden müsse. (Lebhafter Beifall.) In der darauf folgenden Diskussion sprachen zwei Genossen im Sinne des Referenten, und jeden denkenden Wähler auf-fordernd, am 25. Januar nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Auch die Ausführungen dieser beiden Genossen fanden den Beifall der Versammlung. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Herr August Bape in stütlicher Entrüstung. Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“ führen anscheinend den Wahlkampf unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Außer daß in einem Aufruf, der vier bis fünf mal in der bürgerlichen Presse abgedruckt ist, für Klein Stimmung zu machen versucht wurde, hat man wenig oder garnichts von den Leuten gehört, die in Lübeck die Sozialdemokratie aus dem Sattel heben wollen. Die von der Sozialdemokratie einberufenen öffentlichen Wählerversammlungen, in denen jedermann unbeschränkte Redefreiheit zugesichert wird, werden gemieden sowohl von den Vorständen der vereinigten bürgerlichen Parteien, als auch von dem Kandidaten derselben. Das geschieht zweifellos aus dem Grunde, weil man die von unseren Rednern ausgeteilten Siebe doch nicht parieren kann. Am Freitag hatten sich um die Spitzen der Lübecker Ordnungsparteien in den Zentralhallen versammelt, um verschiedene „Ansprachen“ entgegenzunehmen. Herr Klein versprach zunächst wieder, für alles mögliche eintreten zu wollen. Sein Wahlpruch ist, wie er selbst zugibt, nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine. Unter solchen Umständen ist die zur Schau getragene Freundschaft des Herrn für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wohl nicht ernst zu nehmen. Weiter erklärte der Kandidat des Ordnungsbreis, daß er zwar Kattowitz, aber kein Zentrumsmann sei. Herr Klein stellt dann nochmals in Abrede, daß er für den Wahlrechtsraub in Lübeck gewesen wäre. Vielleicht bestreitet er auch noch, daß er gegenwärtig der Vertrauensmann der Wahlrechtsräuber und Zollwucherer ist. Zum Schluß kam natürlich das warme Herz für die Arbeiter wieder zum Vorschein. Schade, daß die Herzen der Arbeiter nicht ebenso warm für Herrn Klein schlagen. Ob die Obstruktion der freisinnigen Vereinigung, die sie im Verein mit der Sozialdemokratie gegen den Posttarif getrieben hat, richtig war, ist unserm Gegner, der doch selbst Mitglied dieser Partei ist, noch immer nicht klar. Also die einzige Tat der Freisinnigen Vereinigung, die wirklich im Interesse des deutschen Volkes lag, findet nicht einmal die vorbehaltlose Zustimmung des bürgerlichen Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien; da werden sich die Wähler schon für ihn bedanken. Wie alle bürgerlichen Veranstaltungen einen „Höhepunkt“ aufweisen, so hatte auch die Zusammenkunft am Freitag einen solchen, dank dem Eingreifen des Herrn Aug. Bape, der sich anscheinend schnell von einem blässigen Feind der Nationalsozialen zu einem Bufenfreund derselben gemauert hat. Dieser Mann, der auch gar zu gern Reichstagskandidat gewesen wäre, nahm das Wort zu folgenden Ausführungen:

Der Herr Reichstagskandidat hat die Bekämpfung der internationalen Sozialdemokratie betont. Wie notwendig das ist, dafür ein kleines Beispiel: Im benachbarten Oldenburg hat man den jungen Herrn Sellling als Reichstagskandidaten aufgestellt, der auch gleichzeitig der Leiter des hies. sozialdemokratischen „Volksboten“ ist. Der Herr hat sich nun vor einigen Tagen erlaubt, in Oldenburg zu behaupten, daß der Fabrikant Bape, Führer der Freisinnigen in Lübeck, seine Arbeiter entlassen habe, welche einer Gemeinshaft angehörten. Der Führer der Freisinnigen in Oldenburg hat darauf bei mir angefragt, was daran wahr

Ich habe darauf erwidert, daß alles erlogen sei. Es ist bedauerlich, daß die Sozialdemokratie keinen anderen Führer hat und dieser unreife Herr als Kandidat aufgestellt werden kann. Ich kann nur seiner großen Jugend zuschreiben, wenn er solche Unwahrheiten in die Welt zu setzen wagt. Anders ist die Sache kaum erklärlich. Wenn der Herr gewußt hat, daß ich solche Sachen gemacht habe, beweist es eben, wie feige er ist, wenn er nicht schon hier dagegen aufgetreten ist. Ich muß es nur bedauern, daß die sozialdemokratische Partei mit berattigen Agitatoren im Lande agitiert. Ich weiß, wie gesagt, von diesen Entlassungen nichts und bin begierig, ob der Herr für seine niederträchtige Behauptung den Wahrheitsbeweis antreten wird. Sie sehen, meine Herren, wie notwendig es ist, der Sozialdemokratie entgegenzutreten, und darum muß die Lösung im Wahlkampf sein: Kräftig gegen die internationale Sozialdemokratie!

Und „Bravo“! halt es durch den Saal! Dem hatte Herr Bape es aber gut gegeben. Uns ist zwar nicht bekannt, was unser Freund Stellung, der gegenwärtig in seinem Wahlkreis tätig ist, in Oldenburg über den Fabrikanten A. Bape gesagt hat, doch zweifle ich nicht daran, daß er für die von ihm in Wirklichkeit aufgestellten Behauptungen auch den Beweis der Wahrheit erbringen kann und wird. Ganz sonderbar berührt die stiltliche Entrüstung des freisinnigen Führers jedoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieser selbe Mann, der jetzt unsern Kollegen beschimpft, vor kurzem in der Bürgerchaft gegen den Direktor des Johanneums Verbüchtlungen ausstrecte, ohne nachher auch nur den Schimmer eines Wahrheitsbeweises für diese beiden Behauptungen zu können. Als dann die Unhaltbarkeit seiner Anschuldigungen nachgewiesen worden war, nahm er dieselben nicht etwa zurück, sondern das hiesige freisinnige Blatt mußte es so darstellen, als ob der eigentlich Blamierte der angegriffene Direktor sei. Die gesamte Bürgerchaft wird wissen, daß verschiedene Angaben richtig sind. Wer so im Glashause sitzt, wie Herr Aug. Bape, der hat ganz gewiß keine Ursache, nach andern mit Steinen zu werfen. Besonders hat es Bape die Jugend des Gen. Stellung angetan! Richtig ist es zwar, daß unter Kollegen das Schwabenalter noch nicht erreicht hat, doch hat ihn diese Tatsache noch nie bedrückt. Daß es junge Männer gibt, die tichtig sind, das wissen wir alle; beispielsweise ist auch der Gehnigungsgehilfe Bape's, der bisherige Abgeordnete Rothhoff so ziemlich in demselben Alter wie Stellung, ebenso der vielgenannte Zentrumsmann Zuberger. Denen hat man zwar auch schon ihre Jugend zum Vorwurf gemacht, aber jeder verständige Mensch wird über derartige Vorwürfe lachen. Schließlich ist es ja auch bekannt, daß die alten Esel gar nicht selten sind. Wenn Herr Bape dann bedauert, daß die Sozialdemokratie keinen anderen Führer hat und mit derartigen Agitatoren im Lande agitiert, so liegt darin die Anerkennung für unseren Genossen, daß er unsern Gegnern unbehagen ist. Leute, die so handeln, daß sie Herrn Bape gefallen, können wir nicht gebrauchen. Wir gönnen also dem „tapferen“ Freisinnritter seinen Erfolg, den er über den abwesenden Gegner im privaten Birkel davongetragen hat, als er ihn beschimpfte und herabzusetzen verfuhr. Vielleicht erlingt er sich dadurch noch das Wohlwollen der Leute, die ihn bisher für einen verkappten Genossen oder etwas ähnliches hielten, und deshalb eine leise Antipathie gegen ihn fühlen! Er hat es verdient!

Achtung Parteigenossen! Wir bitten unsere Genossen in Stadt und Land, der Redaktion des „Volksboten“ von jedem Flugblatt, welches die Gegner zur Verbreitung bringen, sofort zwei Exemplare zuzustellen.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde veranstaltet am Sonntag, den 13. Januar eine Wanderung nach Gohmünd. Die Vorträge im Januar werden wegen der Wahlveranstaltungen verschoben. Der Vortrag Satow findet Ende Januar statt. Der Vortrag-Vortrag im Monat März.

pb. Strandgut. Seitens des Strandamtes Heizenstein wurde mitgeteilt, daß am 17. und 18. v. Mts. in der Umgebung von Gubertsberg 30 hölzerne Bretter von 10 bis 20 Fuß Länge, 6 bis 7 Zoll Breite und einem Zoll Dicke, sowie 6 hölzerne Balken von 12 bis 15 Fuß Länge, 7 Zoll Breite und 3 Zoll Dicke geborgen wurden. Die Hölzer tragen in roter Farbe die Bezeichnung „NH“. Der rechtmäßige Eigentümer war bisher nicht zu ermitteln.

pb. Diebstähle. Vom Kollwagen einer hiesigen Kaufmannsirma, der am 4. d. Mts. abends gegen 6 1/4 Uhr einige Minuten ohne Aufsicht beim Eisenbahngüterschuppen an der Wasserseite hielt, wurde ein Holzeimer mit etwa 30 Pfund Schweineschmalz gestohlen. Der Deckel des Eimers war mit dem Zeichen der Firma: „S. D.“ versehen. — Am 8. d. Mts. wurde von einem an der Ecke Uhlendstraße und Gronsforders Allee ohne Aufsicht haltenden Handwagen ein Holzeimer mit 20 Pfund grüner Seife gestohlen. Der Eimer, der früher Schmalz enthalten hatte, trug die Aufschrift „Schmalz“.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Zum ersten Male in dieser Spielzeit geht Dienstag die Neuenstudierung einer Vorhänge-Oper in Szene, und zwar die seit Jahren hier nicht gegebene „Undine“. Es ist kein Zufall, wenn dieses Werk wahrhaft volkstümlich geworden ist. Auf Ausstattung und Einstudierung wurde große Sorgfalt verwandt, sodas die Vorstellung, in deren Hauptpartien sich die Damen Richter und Lind, die Herren Wart, König, Heydrich, Siman und Fischbitter teilen, gewiß eine bemerkenswerte sein wird. — Am Mittwoch findet keine Vorstellung statt; Donnerstag wird „Carin“ wiederholt.

Waidling. Eine Wählerversammlung, die überaus zahlreich besucht war, tagte gestern nachmittags im Schreibers Kaffeehaus. Der Referent, Genosse Ludwig Lübeck kritisierte unter dem lebhaften Beifall der Versammlung scharf die Politik der Regierung, durch welche ungeheure Summen für Kolonien sowie für Meer und Marine nutzlos verpulvert werden. Auch die Haltung der vereinigten bürgerlichen Parteien Lübecks erfuhr eine treffende Beleuchtung. Redner wies nach, daß nicht der Postassistent Klein, sondern Genosse Schwarz der Kandidat ist, dem die Wähler Vertrauen entgegenbringen können, und empfahl, am Wahltag dementsprechend zu handeln. In der Diskussion nahm Genosse Haut das Wort, um gleichfalls an der Hand von Tatsachen festzustellen, daß die Haltung der Regierung eminent volkstümlich ist. Es sei dringend notwendig, daß die Arbeiter sich politisch und gewerkschaftlich organisieren, und ihr Blatt, den „Lübecker Volksboten“ lesen. Auch diese Ausführungen fanden starker Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende, Genosse Weitenborn, forderte die Versammelten auf, am Wahltag ihre Schuldigkeit zu tun und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Curau. Wählerversammlung. Am Sonntag, den 6. Januar, fand hier selbst eine sehr gut besuchte Wählerversammlung statt. Genosse A. A. Lübeck sprach über die bevorstehende Reichstagswahl. Zunächst den Grund der

Auflösung Karlegend, ging Redner zu dem Verhalten der übrigen Parteien im letzten Reichstage über und gelobte scharf die Kolonialpolitik. Nachdem noch die Haltung des Mischmachtkandidaten in das richtige Licht gerückt war, erfuhr Redner die Anwesenheit, am Wahltag ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben, weil nur diese Gewähr für eine gesunde Wirtschaftspolitik biete. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Gronsforde. Eine sehr stark besuchte Wählerversammlung fand gestern hier selbst statt. Reichstagskandidat Genosse Th. Schwarz sprach in einem zweistündigen Referat unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden über die bevorstehende Reichstagswahl, dabei die Haltung der bürgerlichen Parteien einer scharfen Kritik unterziehend. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Schönberg. Eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung fand am Sonnabend hier selbst im „Schwarzen Adler“ statt. Als Referent war Genosse Leu aus Lübeck erschienen. In scharfen Worten gelobte der Redner die Politik der Regierung und der bürgerlichen Mehrheitsparteien. Er zeigte an treffenden Beispielen, wie die Sozialpolitik der Regierung rückwärts statt vorwärts geht. Wer nicht mit solcher Politik, die den Arbeitern Steine statt Brot gibt, einverstanden sei, müsse am Wahltag für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Hamburg. Frauenprotest gegen einen Staatsanwalt. In den Staatsanwalt Dr. Eitel in Hamburg haben drei Frauenvereine einen Protest gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Die radikalen Frauenvereine Hamburgs erheben Protest gegen die von Dr. Eitel am 23. November 1906 im Prozeß Augsburg gemachte Äußerung, daß die Frau als Zeuge minderwertiger sei als der Mann. Daß sich der Herr Staatsanwalt auf bedeutende Kriminalpsychologen stütze, kann uns nach seiner Richtung hin von der Wahrheit seiner Behauptung überzeugen. Männliche Weisheit, Logik und Wissenschaft hat seit Jahrhunderten unumstößliche Behauptungen über die Frau aufgestellt, welche sich im Laufe der Zeit als unhaltbar erwiesen haben. Die Minderwertigkeit auch männlicher Zeugenschaft ist durch die bestimmten Seminarexpimente des Geh. Rats Prof. v. List so klar dargetan, daß sie den besten Beweis dafür liefern, nicht das Geschlecht, sondern lediglich die Individualität ist für eine Unzuverlässigkeit ausschlaggebend.“ Diese nichts weniger als radikalen Frauen hätten sich darauf berufen können, daß es auch Staatsanwälte von atestierter geistlicher Minderwertigkeit gab wie Frehe, und sogar Oberlandesgerichtspräsidenten wie Brausemeier. Herr Eitel ist übrigens bald nach seiner Anklagerede gegen Anita Augsburg zum Landrichter befördert worden.

Lübeck. Er will nicht. Den braven Spielern von Lübeck hat das neue Jahr eine arge Enttäuschung gebracht. Nach einem erheitenden Frostmäufekrieg zwischen Juchensfreunden und Laienfreunden hatten sie sich einen neuen Würgermeister in der Person des früheren Hamburger Polizeischreibers Zwisel erkoren, der z. Z. im Städtchen Meve in Westpreußen Oberhaupt spielt. Jetzt hat plötzlich der Gemählte die Annahme des Postens abgelehnt und in Lübeck muß der Tanz von neuem beginnen.

Juchow. In einem Anfall von Geistesstörung warf sich der Knecht Schübe vor einen nach dem Lockstedter Lager fahrenden Zug und wurde getötet.

Neumünster. Zwei Kinder ertrunken. Freitag mittag gegen 1 1/2 Uhr brachen, wie bereits kurz gemeldet, auf dem hiesigen Stadteich mehrere Kinder durch das morsche Eis. Zwei Kinder des Schuhmachers Kleper ertranken. Der 14jährige Friß und der 13jährige Heinrich August Kleper sowie ein Sohn des Schneidemeisters J. Reimers hatten sich zu weit auf das durch das Tauwetter morch gewordene Eis gewagt, das unter ihnen zusammenbrach. Während sich der ältere Kleper sowie Reimers retten konnten, ging der jüngere Kleper unter. Kaum hatte das sein Bruder gesehen, so sprang er auch schon hinzu, geriet aber selber unter das Eis. Herr Kleper und Frau sowie die Gefellen des Herrn Kleper, die an dem Rettungswerk arbeiteten, kamen ebenfalls unter das Eis und konnten nur mit Mühe gerettet werden. Nachdem auch weitere Rettungsveruche mißglückt waren, ging man dazu, von dem Reinigungsfahrer aus das Eis zu zerschlagen, um von dem Rande des Teiches aus nach der Unglücksstätte, die sich ungefähr in der Mitte des Teiches befand, zu gelangen, doch konnte den Drücker keine Hilfe mehr gebracht werden.

Aus Nah und Fern.

Großfeuer in Newyork. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurden in einem der bevölkersten Distrikte Newyorks 2000 Menschen in ihren Nachtkleidern durch ein Feuer auf die Straßen getrieben. Der Brand war durch sorgloses Wegwerfen einer brennenden Zigarre in einem Stall der 55ten Straße entstanden. Obgleich bald nach Entdeckung des Feuers fünf Dampfsprizen in Tätigkeit traten, war es unmöglich, zu verhindern, daß die Flammen auf die benachbarten Logierhäuser übergriffen. Es fehlte an Wasser. Als man die Hydranten öffnete, kam nur ein schwacher Strahl aus den Schläuchen, sodas die Feuerwehr 20 Minuten lang untätig dem Brande zusehen mußte. Als die Banik ihren Höhepunkt erreicht hatte, entdeckte man 6 Neger, die damit beschäftigt waren, die verlassenen Häuser auszulündern. Von der Polizei verfolgt, mußten die Neger durch die empörte Menschenmenge Speibrunnen laufen. Einer der Neger wurde dabei angeschossen und sodann von einem Polizisten mit dem Polizeimittel niedergeschlagen. 50 Pferde verbrannten. Das Feuer wurde gelöscht, nachdem es einen Schaden von etwa 50 000 Pfund Sterling angerichtet und 50 Familien obdachlos gemacht hatte.

Das veriegelte Schließelloch. Unser Karlsruher Parteiorgan schreibt in seiner Nummer vom 3. Januar: Als heute Morgen Genosse Weickmann von einer kurzen Agitationstour in seinem früheren Wahlkreis Delsitz-Bitterfeld in die Redaktion zurückkehrte, fand er das Schließelloch der Schublade seines Schreibtisches verriegelt. Eine gestern unternommene Hausdurchsuchung sollte den Verfasser oder Einsender eines Artikels ermitteln, der in der Sonnabendnummer sich mit der Weihnachtsgabe des technischen Personals des Posttheaters beschäftigt. Die Kriminalpolizei war der Ansicht, daß sich vielleicht in dieser verschlossenen Schublade das Manuskript oder die Aufzeichnung des Namens des Einsenders befände. Sie hatte sich getäuscht. Als sie bald nach dem Eintreffen Weickmanns wiederum erschien und das Siegel löste, ergab eine Durchsuchung dieser ominösen Schublade, daß ihre Vermutung falsch war. Gefunden wurde also nichts und das Schließelloch war umsonst mit dem behördlichen Siegel belegt.

Diezig Arbeiter verchlütet.

Eine schwere, durch einen Schachtinsturz herbeigeführte Katastrophe ereignete sich, wie bereits kurz gemeldet, Freitag beim Wahnban Damschels-Dunnsch. Etwa vierzig Arbeiter wurden dabei verchlütet; nach den bisherigen Meldungen wurden bereits 18 Tote geborgen. Ueber Einzelheiten des Unglücks liegen folgende Nachrichten vor: Als Freitag abend in einem Schacht des Baues drei Arbeiter verchlütet und die Rettungsarbeiten in Angriff genommen waren, stürzten sich auf der Anhöhe viele Zuschauer, meistens Bewohner der benachbarten Dörfer. Die Anhöhe, die etwa 10 Meter hoch war und aus faulem Schiefer bestand, konnte den Druck nicht aushalten und stürzte plötzlich zusammen. Die Zuschauer unter sich begrabend. Die Rettungsarbeiten unternehmen sofort mit allen Kräften die Rettungsarbeiten die die ganze Nacht dauerten. In den umliegenden Dörfern herrschte große Aufregung. Von den auf der Anhöhe Stets den sind etwa 80 bis 40 begraben worden und nur zwei kamen mit dem Leben davon. Die geborgenen Leichen sehen entsetzlich aus. Außer einem Mädchen fanden auch zwei Frauen den Tod. Bis Sonnabend 10 Uhr vormittags wurden 9 Tote und 18 teils Schwer- teils Leichtverwundete geborgen. Von allen Ecken des Damschels wandern die Leute zu tausenden nach der Unglücksstelle. Die Eisenbahndirektion Saarbrücken hat sofort mehrere Spezialkommissionen an die Unfallstelle entsandt. Auch die Regierung in Coblenz entsandte einige Vertreter. An der Unfallstelle selbst sind etwa zehn Ärzte ununterbrochen tätig. — Bis Sonnabend mittag konnten bei dem Einsturz in Sauebrunn 13 Tote geborgen werden. Viele Verwundete wurden durch die Rutenhiebe der Befreier verletzt. — Man schätzt die Zahl der noch Verchlüteten auf zehn bis achtzehn. Es sind meist junge Leute, darunter vielfach Söhne von Witwen. Die Rettungsarbeiten sind sehr schwierig, weil noch etwa 1000 Kubikmeter Erde wegzuschaffen sind. Nachforschungen werden befürchtet.

Letzte Nachrichten.

Riffingen. Eine Liebestragödie hat sich im Stadtwald des Bades Riffingen zugetragen. Der Spengler Fröhlich und die Kellnerin Ludwig wurden dort erschossen aufgefunden. Als Grund der Tat wird angegeben, daß die Eltern nicht in die Ehe willigen wollten.

Ancona. Schiffsuntergang. Sonnabend scheiterte am Eingang zum hiesigen Hafen der von Genua kommende griechische Schoner „Urania“. Die aus 12 Personen bestehende Besatzung ist umgekommen.

Philadelphia. Bombenwurf. Wie aus New-York gemeldet wird, warf in Philadelphia ein unbekannter Mann in der Nationalbank in der vierten Straße eine Bombe vor den Schreibtisch des Kassierers. Der Täter und der Kassierer wurden getötet, etwa 20 Personen verletzt und das Gebäude stark beschädigt. Es heißt, der Russe sei in das Kontor des Bankdirektors Heston gedrungen und habe ein Leichen von 5000 Dollars verlangt. Als er darauf hineingeführt wurde, habe er die Bombe geworfen.

San Franzisko. Schiffsuntergang. Nach einer Depesche aus Pescadero bei San Franzisko ist der Passagierdampfer „City of Panama“ der Pacific Steamship Company mit 70 Passagieren, von denen 30 Chinesen waren, und 30 Mann Besatzung gescheitert. Das Schicksal der an Bord befindlichen Personen ist noch unbekannt. Das Schiff, ein Doppelschraubendampfer, war am 31. Dezember nach Panama abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten

Lübecker Marktpreise vom 5. Januar.
Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Meierlei-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Hasen 3,80—3,80 Mk., Enten 3,50—4,00 Mk., Gähner 1,70—2,20 Mk., Küten Stk. — Mk., Tauben Stk. 0,65 Mk., Gänse Pfd. 0,65—0,72 Mk., Hühnergans 2,00 Mk., Schweinestopf Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 0,90 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 6 Stk. 66 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,40 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 90 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Hering 5 Stk. 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,80—0,85 Mk., Nessel, beste Gravensteiner, pr. 100 Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. 8—15 Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirchen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 3,50 Mk., pr. 10 Liter 50 Pfg.

Getreidepreise. Lübeck, 5. Januar.
Weizen, 127—132 Pfd. holl. 169—173 Mk., Roggen, 120—125 Pfd. holl. 152—157 Mk., Hafer nach Qualität 158—165 Mk., hochfein über Notiz, Gerste, nach Qualität 160—175 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt am 5. Januar.
Der Schweinehandel verlief lebhaft. Zufgeführt wurden 1612 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 62—62 1/2 Mk., leichte 62 Mk., Sauen 55—59 Mk. und Ferkel 58—60 Mk. pro 100 Pfund.

Quittung.
Für den Wahlfonds gingen ein:
G. B. 8.— Mk.
H. M. 2.— „
N. 16. N. 10.— „
G. R. 2.— „
Buchdrucker des „Lüb. Volksboten“ . . . 10.— „
Das Wahlkomitee.

Literarisches.
„Gillgers Wegweiser für die Reichstagswahl“ (Germann Gillger Verlag, Berlin W. 9.) Preis 50 Pf.
Zur Reichstagswahl kommt rechtzeitig ein ausgezeichnetes, lehrreiches Werkchen unter dem Titel „Gillgers Wegweiser für die Reichstagswahl“. Das 160 Seiten starke Werkchen enthält ein überaus wertvolles Material, das sich darin neben einer ausführlichen Übersicht über die letzte Legislaturperiode, das Wahlgesetz, das Wahlreglement für den Reichstag, Schilderung der einzelnen Parteien sowie eine Reihe sorgfältig ausgearbeiteter Zusammenstellungen und Uebersichten. Dieser Wegweiser enthält ferner ein Programm und die Wahlanfrage sämtlicher Parteien, die ausführliche Liste sämtlicher Wahlkreise mit den 1906 in bei den Nachwahlen für jede Partei abgegebenen Stimmen kurz, das Werkchen führt mit Recht den Namen Wegweiser für die Reichstagswahl.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Schwilg.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Gesangverein „Eiche“.
Morgen Dienstag abends 8 Uhr.

Für bewiesene Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben unvergesslichen Mannes, insbesondere Herrn Hauptpastor Lindenberg für trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen sowie dem Verbanne der Zimmerer meinen tiefgefühlten Dank.

M. Schmahl, geb. Rath.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche während unserer Hochzeit danken herzlichst.
Wilh. Spethmann nebst Frau,
Magda, geb. Denfer.

Zu sofort oder später im Hause **Ecke Wasserweg - Gärtnergasse** (Mühlentor) mehrere vollständig neu eingerichtete Wohnungen zur Jahresmiete von 150-200 Mark. Näheres bei **Schnepel** im Hause **Wasserweg 2, Erdgeschoss.**

Eine Wohnung zu vermieten.
Näheres **Ecke Feldstraße u. Cronsford, Allee.**
S. David.

Gesucht zum 1. April eine Dreifamilienwohnung vorm Hofentor im Preise von 240-280 Mk.
Hofstr. 40, I.

Zwei große neue kupferne Wälder billig zu verkaufen
Heinrichstraße 17 a.

Die Adresse des Vorsitzenden der **Maurer-Pokal-Kasse** ist jetzt:
C. Freelandt, Lichte Querstr. 22.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, **Hühnenstr. 13**

Willy Koch, Zahntechniker, Lubeck, Holstenstr. 21.

Verband der Fabrik-, Land-, Hüttenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck)

Mitglieder-Versammlung am Dienstag den 8. Januar
abends 8 1/2 Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.**

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1906.
3. Abrechnung vom Weihnachtsvergütigen.
4. Wahl der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch den 9. Januar 1907,
abends 8 Uhr

im Kolosseum.

13. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Justus Gellius (Flöte).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ave venum W. A. Mozart.
Ballet Suite Grévy-Mottl.
Ouverture zu „Zampa“ . . . O. Herold.
Potpourri aus „Der Obersteiger“
R. Zeller.
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

**Restaurant „St. Lorenz - Regel - Halle“
Waisenhoffstraße 23.**

Allen werten Freunden, Bekannten und Gönnern die ergebene Mitteilung, daß ich

den Betrieb meiner Wirtschaft selbst übernommen habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, alle mich beehrenden Gäste in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Gleichzeitig bringe ich meine erstklassigen Regalbahnen allen werten Reglern, speziell dem Verbanne Lübecker Regellclubs, in freundliche Erinnerung.
Hochachtungsvoll

Ernst Wiencke.



in allen Verkaufsstellen.

Preußische Lose

Ziehung 1. Klasse schon 10. und 11. Januar.
1/10 Mk. 4.- 1/20 Mk. 5.- 1/4 Mk. 10.- 1/2 Mk. 20.- 1/1 Mk. 40.-
Zu haben bei
Lübeck, Johannisstraße 10.
Telephon 58.
Falck,
Königl. Lotterie-Einnehmer.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen
(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum Ball verbunden mit Kappenfest am Dienstag, den 8. Januar 1907

in **Hasse's Gesellschaftshaus, Johannisstraße 25.**
Anfang 8 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe. Das Komitee.

Öffentl. Wähler-Versammlungen

finden an folgenden Stellen statt:

Wakenitz-Bellevue: Dienstag, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Niendorf: Dienstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.

Louisenlust: Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.

Friedrich Franz-Halle: Mittwoch, den 9. Jan., abds. 8 1/2 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.

Flora: Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Friedrichshof, Schwartauer Freitag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
Allee, Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.

Genin: Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.

Gr. Schreistaken: Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Nusse: Sonntag, den 13. Januar, abends 7 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Travemünde: Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden Wähler freundlichst eingeladen.

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.



Uhren einsetzen 1.50 Mk.
Faschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentsen, Uhrmacher,
Königsstraße 62, b. d. Gürtstraße.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
und verw. Berufsvereine Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung

am **Dienstag den 8. Januar**
abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.**

- Tages-Ordnung:
1. Stichwahl zwischen Mirus - Frankfurt und Joseph - Dresden.
2. Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Hansa-Theater

STEFFI'S
ÜBER'S
ZIRKUS

das große Programm.

Vorverkauf bei Sager und Kappel.

Stadt-Theater.
Dienstag, 8. Januar. 7 1/2 Uhr.
74. Abom. Vorst. 15. Dienst. Abom.
UNDINE.
Kom. Zauberoper in 4 Akten v. Longing.
Mittwoch: Keine Vorstellung.

Das Wahlbureau

der
**Sozialdemokratischen
Partei Lübecks**

befindet sich im
Verlinshaus, Johannisstraße 50-52.

Geöffnet;

**Wochentags von morgens 9 bis abends 9 Uhr.
Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr.**

Unter Polizeiaufsicht. *)

Eine obereschlesische Bauderei von Ludwig Oldenburg.
„Der Schuhmacher Voigt ist ein Opfer der Verhältnisse und der bestehenden staatlichen Ordnung geworden.“ So lautet das soziale Urteil des Berliner Gerichts über den Hauptmann von Köpenick.

Die bestehende staatliche Ordnung ist in diesem Falle die Polizeiaufsicht. Voigt war auf dem besten Wege, noch in vorgerücktem Alter ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden, aber die Polizeiaufsicht riß ihn kraft ihrer Machtbefugnisse erbarmungslos in das Verderben zurück. Es sind vier Jahre, die der Unglückliche nun wieder aus seinem Leben zu streichen hat. Sie werden ihn eine Schwere bedürken, und „einig ist so lang“. Aber die Polizeiaufsicht hat schon furchtbarere Schicksale zur Folge gehabt. In Oberschlesien hat sie sogar einen Menschen zum Nicht-bleib gebracht.

Vor etwa zehn Jahren war der Name Sobczyk im Munde aller Oberschlesier. Wo er genannt wurde, neigte sich jedes Haupt still und stumm. Und er wurde genannt, wo auch nur zwei oder drei beisammen waren. Denn niemals war auf wasserpolnischer Erde ein Schicksal erhört worden, wie es Sobczyk als Opfer der Verhältnisse und der bestehenden staatlichen Ordnung zu tragen hatte.

Sobczyk war der Sohn eines Bauern in der Gegend zwischen Lublitz und Tarnowitz. Die dortige Landbevölkerung ist arm, sehr arm. Die Waldungen befinden sich in dem Besitz der großen Herren, und den Bauern sind nur die Acker im Kleinbetriebe verblieben. Dürftiges Korn und magerer Hafer, Kartoffeln und etwas Rottkohl — das ist alles, was der Boden dem menschlichen Fleische gewährt. Das Hauptnahrungsmittel liefert die Kartoffel. Die obereschlesische Kartoffel ist aber ein ganz gemeines Gewächs. Wer sie kennt, der begreift, daß Oberschlesien des öfteren vom Hunger-typhus verheert werden konnte.

Es ist nicht die Ungunst des Bodens allein, mit der die obereschlesischen Bauern zu kämpfen haben. Die Magnaten in Kuchelna und Kauden, in Wleß und Groß-Strehlig, in Kroschental und Slawentz halten auf einen starken Wildstand. Ein großer Wildstand aber ist noch immer der Schaden der Walddörfer gewesen. Das Wild will Futter, und da es dieses in den Nadelwäldern nicht findet, so tritt es auf die benachbarten Felder aus. Diese Felder aber sind die Acker der Bauern. Verjagen dürfen die Bauern das Wild wohl, schießen dürfen sie es aber nicht. Jede Nacht jedoch können sie nicht auf den Weiden sein. So geschieht es denn nur zu oft, daß die Hirsche sich ungestört an den jungen Getreidepflanzen und die wilden Schweine an den Kartoffeln ergötzen können.

Wo ein großer Wildstand ist, der durch kein Gitter in seiner Bewegungsfreiheit beengt wird, gibt es auch Wilderer. Es kann ja garnicht anders sein. Der Anblick eines zerstampften Kornfeldes und eines durchwühlten Kartoffelackers

muß jedem Bauern die Räte des Hornes ins Gesicht treiben. In der Regel bezwingt er sich nun zwar dahin, den erlittenen Schaden anzumelden, hin und wider aber greift er zu den Mitteln der Notwehr. Er darf nicht schlafen und tut es doch — er wird zum Wilderer.

Sobczyk war auch ein Wildschütz. Anfangs folgte er dem Triebe der Not, dann aber ergriff ihn die Leidenschaft. Er wurde bestraft, allein er änderte sich nicht. Das Gesetz war vergessen, sobald ihm ein Stück Rot- oder Schwarzwild vor die Augen trat. Und so ging das, bis sich ihm eines Tages die Tore des Zuchthauses zu Ratibor öffneten. Damit war er ein Opfer der obereschlesischen Verhältnisse geworden.

Das Zuchthaus muß eine furchtbare Schule sein. Als Sobczyk die Luft der Freiheit wieder atmete, gelobte er sich heilig, ein anderer, ein neuer Mensch zu werden. Und er hielt Wort. Auf einer Stütze im Beuthener Industriebezirk fand er Arbeit, und bald hatte er sich die Wertschätzung des Vorarbeiters und des Werkmeisters erworben. Da aber geschah es, daß ein Gendarm das Werk betrat. Er ging ins Hüttenhaus und erkundigte sich nach Sobczyks Führung. Erstaut sahen die Beamten ihn an, aber sie erteilten ihm die gewünschte Auskunft: nüchtern, fleißig, ordentlich, kurz tabellos. So, so, dann sei ja alles gut. Der Sobczyk habe geübt und stehe unter Polizeiaufsicht; er, der Gendarm, erfülle nur seine Pflicht, wenn er sich nach ihm umsehe. Der Gendarm ging, und eine Viertelstunde später ging auch Sobczyk. Er hatte den Abfahrschein erhalten. Einen Zuchthäuser konnte die Stütze nicht gebrauchen.

Sobczyk ging von Stettowitz nach Kleinitz, und mit ihm ging die Polizeiaufsicht. Wohl fand er dort Arbeit, wohl schrieb er sich auch da so wacker, daß die Vorgesetzten ihn zu ihren besten Arbeitern zählten, aber die Helmspitze des Gendarmen blieb nicht aus, und er stand wieder vor dem Werttor. Und so erging es ihm überall. Da verlor er sein Heil in den Lehmen und Kiesgruben. Aber auch dorthin folgte ihm die Polizeiaufsicht. Ja, es erging ihm da noch schlechter, denn hier waren es die Arbeiter, die seine Entlassung forderten. Als fromme Katholiken, so sagten sie, könnten sie mit einem Zuchthäuser nicht zusammenarbeiten, ohne ihr Seelenheil zu gefährden. Eine Weile irrte Sobczyk noch unsterblich umher; dann nahm er die Kugeldische von der Wand und schlug sich in die Wälder der Fürsten von Hohenlohe-Ingerringen und Hohenlohe-Ingelfingen. Sobczyk war ein Opfer der bestehenden Ordnung geworden.

Der Wildschütz ist ein Dieb besonderer Art. Gewiß, er nimmt, was ihm nicht gehört, aber was er nimmt, gehört andern auch nicht. Wie kann ein Tier auch Eigentum sein, wenn es frei ist und deswegen von Eigentumsbegrenzung nichts weiß! Dem Wildschützen fehlt nur die Freiheit, die man Jagdberechtigung nennt. Man sollte meinen, daß seine Verfehlungen deswegen milde beurteilt würden. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Unsere Zeit ist eben aus einer feudalen Vergangenheit hervorgegangen, die den Herren das Wild im Walde und den Fisch im Wasser zusprach. Eine doppelte Verfolgung heftet sich deswegen an die Fersen des Wilderers. Der Gendarm mag noch Bedenken tragen, von der Waffe Gebrauch zu machen, der Forstmann jedoch weiß sich von jeder Verantwortung frei, wenn er zum tödlichen Schusse anlegt. Das ist es, was einen Zusammenstoß zwischen Förstern und Wilderern stets zu einem Kampfe auf Leben und Tod macht.

Sobczyk ist weder von den Gendarmen noch von den Förstern ergriffen worden. Von jedem wider ihn geplanten Streifzuge wurde er immer rechtzeitig unterrichtet. Vor dem Zuchthäuser schlug der obereschlesische Bauer in der Tiefe seines Gemütes ein abwehrendes Kreuz; für das Opfer der bestehenden Verhältnisse und der bestehenden Ordnung hatte er absolut kein Verständnis; für seinen Wohltäter aber empfand er die Dankbarkeit, die auch die Treue bewahrt. Und sein Wohltäter war Sobczyk geworden; der Wilderer schoß, um zu schlafen, und nichts verdrängte es ihm, was aus dem verendeten Wilde wurde. Wie ein Würger zog er durch die Wälder, und um seine Saaten brauchte der Bauer deswegen nicht mehr zu fürchten. So kam es, daß der Wilderer in jeder Stütze nicht nur einen Unterschlupf, sondern auch Speise und Trank fand.

Einstmal wäre Sobczyk beinahe überrascht worden. Der Schankwirt eines Dorfes hatte die Gendarmerie auf seine

Spur geleitet. Es kam zum Kampfe, in dem ein Gendarm erschossen wurde. Sobczyk aber entkämpfte. Seit jener Stunde erglühete seine Seele in wildem Hass gegen den Schankwirt, und eines Tages schoß er den Verräter aus dem Busche heraus nieder. Sobczyk war unter der Polizeiaufsicht zum Mörder geworden. Damit war sein schließliches Schicksal entschleden und besiegelt. Die Regierung schrieb einen Preis von 5000 Mark auf seinen Kopf aus. 5000 Mark für die Walddörfer Oberschlesiens ein Vermögen. Der Tag mußte kommen, an dem er den Schlingen des Verrats verfiel.

Sobczyk selbst dachte wohl nicht daran. Hätte er gemußt, welche warme Sympathien ihm in dem Industriegebiet entgegengebracht wurden, er wäre sicherlich in die Städte gekommen. Ich gestehe offen, wenn er an meine Tür geklopft hätte, so wäre er geborgen gewesen. Vorläufig würde ich ihn so versteckt gehalten haben, daß kein Späher ihn gefunden hätte, und dann würde ich ihn über die Grenze gebracht haben. Man kann auch ohne Paß nach Rußland kommen; es gibt gar manchen russischen Beamten, der plötzlich auf beiden Augen erblindet, wenn er Gold schimmern sieht oder Rubelscheine knistern hört. Und so wie ich dachte die gesamte obereschlesische Intelligenz. Tausende von Händen hätten sich dem Geächteten entgegengekehrt, wenn es gegolten hätte, ihm Rettung zu bringen. Doch Sobczyk ahnte nichts davon. Wie sollte er auch? In den düsteren Waldbesgründen schlug kein Ton der Volksstimme an sein Ohr. Er vertraute der obereschlesischen Bauernschaft, und dieses Vertrauen bestand auch insofern, die Probe, als die Bauern ihn nicht verrieten. Mehr vermochten sie nicht zu tun; ihn über die Grenze zu schmuggeln, war für sie ein Ding der Unmöglichkeit.

Und doch mußte er hinüber. Die Jagd auf ihn verschärfte sich von Tag zu Tag. Jedes Dorfchen erhielt einen Posten Gendarmerie als Einquartierung, und dann wurde das in Tels garnisonierende Jägerbataillon aufgeboden, die Wälder nach dem Menschenwilde abzutreiben. Früher oder später mußte Sobczyk den Patronen in die Hände fallen. Also hinüber, hinüber! Und plötzlich leuchtete dem Unglücklichen ein Hoffnungstrahl. Der Heilgehilfe Kumpel in Tvorog ließ ihm jagen, daß er ihm einen Ruffenpaß besorgen werde. Am Mitternacht möge er an das Fenster klopfen; alles sei dann bereit. Sobczyks Freude war groß; dann aber schoß ihm das Mißtrauen durch den Sinn: „Ist der Heilgehilfe auch echt? Den besten Ruf hat er nicht, und fünftausend Mark sind viel Geld!“

Aber es mußte gewagt werden; im Notfall hatte er ja sein gutes Gewehr. So betrat er denn zur bestimmten Stunde die Kumpelsche Wohnung. Gendarmen waren nicht darin, das wußte er gewiß. Denn er hatte den ganzen Tag auf der Lauer gelegen. Natürlich mußte er den Paß bezahlen, und da er kein Geld hatte, bot er einen frisch erlegten Rehbock als Ausgleich an. Das gefiel dem Heilgehilfen sehr, allein die Gabe war zu groß und somit kredenzte er dem Waldmenschen ein Gläschen Kognak. Keinen gewöhnlichen Trüffel, denn Herr Kumpel wußte die Ehre, die ihm Herr Sobczyk erwies, zu würdigen. Und Sobczyk war ein echter Oberschlesier und trank einen Tropfen gebrannten Wassers gar gern. Warum sollte er es jetzt nicht tun? Ein Gläschen Kognak warf ihn nicht um, und das Gewehr starb schmerzlos zwischen den Knien. Er trank also. Doch nun hatte er getrunken, als ihm ganz eigentümlich zu Mute wurde. Er fühlte, daß es sich bleiern über seine Glieder legte, daß er schlafen möchte. Er wollte nicht, allein gegen den Zwang der Natur war er ohnmächtig. Seine Lider schlossen sich. Er schlief und schlief so, wie er noch nie geschlafen hatte. Und nun öffnete sich eine Tür und die Schritte des Heilgehilfen beratteten das Zimmer. Im Nu war der wehrlose Mann gefesselt. Er schlief noch immer, als er einige Minuten später zu Wagen dem Amtsgefängnis in Tarnowitz ausgeliefert wurde. Der Kognak war mit Opium vergiftet gewesen.

Das Ende der Tragödie war gekommen. Es dauerte auch nur ein Weilschen und Sobczyk stand vor dem Schwurgericht in Beuthen. Bedauernswerte Geschworene, die ihn schuldig sprachen, und bedauernswerte Richter, die ihn verurteilen mußten! Sobczyk hätte sein Leben retten können, wenn er ausgesagt hätte, er habe den Schankwirt in einer momentanen Aufwallung seines Blutes erschossen. Er tat es nicht; er verschmähte die Lüge. Seine Rache, so versicherte er, habe er kalt genossen. Und dabei bleibt er unter

Das Kloster bei Sandomir.

Nach einer als wahr überlieferten Begebenheit.

Novelle von Franz Grillparzer.

(2. Fortsetzung.)

Zu den Verschwendungen der beiden Laschet gestellten sich überdies noch Gerichte, als ob sie neuerdings verbotene Anschläge hegten und Parteigänger für landesgeschädliche Neuerungen würden. Starichenski sah sich aufs Überläufigste von seinen Schwägern und ihren Blaubigern beschränkt, er wies aber, nachdem er getan, was in seinen Kräften stand, alle weitere Anforderung standhaft von sich und hatte das Vergnügen, Elgan in ihren Gesinnungen mit den seinigen ganz übereinstimmen zu sehen. Ja, als die Brüder, gleichsam zum letzten Versuche, sich auf dem Schlosse des Grafen einfanden, sahen sie sich von der Schwester mit Vorwürfen überhäuft, und man schied beinahe in Feindschaft.

So gingen mehr als zwei Jahre vorüber, und der Friede des Hauses blühte, nach überstandenen Stürmen, nur um so schöner empor. Nach sich gleich der Graf in seinen Wünschen nach einem männlichen Stammbalter fortwährend getäuscht, so wendete sich dafür eine um so größere, eine ungeteilte Liebe auf das keure, einzige Kind.

Raum konnte aber auch etwas Reizenderes gedacht werden, als das kleine, rasch sich entwickelnde Mädchen. In allen schon angekündigten Formen der Mutter Abbild, schien sich die schaffende Natur bei dem holden Köpfcchen in einem seltsamen Spiele gefallen zu haben. Wenn Elga bei der Schwärze ihrer Haare und Brauen durch ein hellblaues Auge auf eine eigene Art reizend ansprach, so war bei dem Kinde diese Verfehlung des Gewöhnlichen nachgeahmt, aber wieder verkehrt; denn goldene Locken ringelten sich um das zierliche Hauptchen, und unter den langen blonden Wimpern barg sich, wie ein Räuber vor der Sonne, das große, schwarzrollende Auge. Der Graf scherzte oft über diese, wie er es nannte, auf den Kopf gestellte Ähnlichkeit, und Elga drückte dann das Kind inniger an sich und ihre Lippen haften auf den gleichgeschwellten, strahlenden von gleichem Rot.

„Der Graf widmete alle Stunden, die er nicht den häuslichen Freuden schenkte, einzig der Wiederherstellung seiner, durch die unüberlegte Freigebigkeit an Elgas Verwandte herabgekommenen Vermögensumstände und der Verbesserung seiner Güter. Tagelang durchging er Meierhöfe und Fruchtgehäuser, Saatfelder und Holzschläge, immer von seinem Hausverwalter begleitet, einem alten, redlichen Manne, der, vom Vater auf den Sohn vererbt, dessen ganzes Vertrauen besaß. Schon seit längerer Zeit bemerkte Starichenski eine auffallende Dürftigkeit in den Zügen des Alten. Wenn er unvermutet sich nach ihm umwendete, überraschte er das sonst immer heitere Auge beinahe wehmütig auf sich geheftet. Doch schwieg der Mann.

Einst, als beide die Hitze eines brennenden Vormittags mit den Schritten geteilt hatten und der Graf, im Schatten eines Erlensbusches gelagert, mit Behagen einen Trunk frischen Wassers aus der Hand seines alten Dieners empfing, da rief dieser losbrechend aus: Wie herrlich Gottes Segen auf den Feldern steht! Wie glücklich sich der Bestzer von dem allen fühlen muß! — Das tut er auch, entgegnete, kopfnickend und zu wiederholtem Trinken ansehend, der Graf. — Es begreift sich allenfalls noch, fuhr der Alte fort, wie es in den Städten Unzufriedene gibt, die an Staat und Ordnung rütteln und denen die Gewalt nichts zu Danke machen kann, aber auf dem Lande, in Wald und Feld, fühlt man's deutlich, daß doch am Ende Gott allein alles regiert; und der hat's noch immer gut gemacht bis auf diesen Augenblick. Aber die Ruheförder haben keine Raft, bis sie alles verwirrt und zerläßt, Vater und Bruder in ihr Netz gezogen, Schwester und Schwäger. Gottes Verderben über sie! — Der Graf war aufgestanden. Ich merke wohl, sprach er, daß du auf meiner Frauen Brüder zielt. Hast du etwa neuerlich von ihnen gehört? — Da fiel der alte Mann plötzlich zu Starichenski's Füßen, und in heiße Tränen ausbrechend, rief er: Herr, laß Euch nicht verlocken! Denke an Weib und Kind! An so manches, was Ihr best! An Eurer Väter, rühmwürdigen Namen! — Was kommt dir an? zürnte der Graf. — Herr, rief der Alte, Eure Schwägerinnen Böses, und Ihr wißt um ihr Vorhaben! — Spricht der Wahnsinn aus dir? — Ichre Starichenski. — Ich weiß, was ich sage, entgegnete der Alte. — Ein Vertrauter Eurer

Schwäger kommt zu Euch heimlich aufs Schloß. Heimlich wird er eingelassen. Tagelang liegt er in der halbverfallenen Warte am westlichen Ende der Tergartenmauer verborgen. — Wer sagt das? — Ich, der ich ihn selbst gesehen habe. — Heimlich aufs Schloß kommen? — Heimlich aufs Schloß! — Wann? — Oft! — Ein Vertrauter meiner Schwäger? — In Warschau sah ich ihn an ihrer Seite. — Weißt du seinen Namen? — Euch ist wohlbekannt, daß ich nur einmal in Warschau war, und da hatte ich wichtigeres in Eurem Dienste zu schaffen, als mich um die Namen von Eurer Schwäger zahlreichen Bedgefellen zu bestimmen. Aber, daß ich ihn mit ihnen sah, des bin ich gewiß. — Zu welchen Stunden sahst du ihn aufs Schloß kommen? — Nachts! — Starichenski schauderte unwillkürlich zusammen bei dieser letzten Antwort, obgleich eine kurze Bestimmung ihm so viele mögliche Erklärungsarten dieser rätselhaften Bejahung darbot, daß er bei seiner Nachhaufkunft schon wieder beinahe ganz ruhig war. Nur fragte er wie im Vorbeigehen Elgan: ob sie schon lange keine Nachricht von ihren Brüdern erhalten habe? — Seit sie zuletzt selbst hier waren, keine, entgegnete sie ganz unbefangen. Der Graf gebot dem alten Hausverwalter, dem er seine patriotischen Beforgnisse leicht ausgerebet hatte, das tiefste Stillschweigen über die ganze Sache, beschloß aber doch, womöglich näher auf den Grund zu sehen.

Einige Zeit verstrich, da war er eines Nachmittags zu Pferde geliegen, um eine seiner entfernteren Besitzungen zu besuchen, wo er mehrere Tage zubringen wollte. Schon hatte er einen guten Teil des Weges gemacht, und der Abend fing an, einzubrechen, da hörte er hinter sich laut und ängstlich seinen Namen rufen. Umblinkend, erkannte er den Hausverwalter, der auf einem abgetriebenen Pferde keuchend und atemlos ihn einzuholen sich bestreute und mit Hufen und Händewinken anzuhalten und ihn zu erwarten bat. Der Graf zog den Zügel seines Rosses an und hielt. Angelangt, drängte der Alte sich hart an seinen Herrn und sammelte ihm keuchend seine Kunde ins Ohr. Der Veranlasser seiner Beforgnisse, der rätselhafte Unbekannte, war wieder in der Nähe des Schlosses gesehen worden. Der Graf wandte sein Ross, und eines Laufes sprengten sie den Weg zurück, heimwärts, mit Mühe von den Dienern gefolgt. Eine alte Streck-

all den Kreuz- und Querfragen der Geschworenen. Er wollte sich nicht helfen lassen, er wollte sterben. Der Richterspruch lautete auf den Tod.

Noch einmal stand Sobezyl vor Gericht. Es handelte sich um eine unbedeutende Sache, und doch war der Bühnerraum nicht gefüllt. Es gab so manchen Bürgermann, der Sobezyl doch einmal sehen wollte. Reindel war nämlich mit zwei Gehilfen in Beutchen eingetroffen. Eine feierliche Stille lag über dem Saale, als Sobezyl vorgeführt wurde. Die Stimme des Präsidiums zitterte, wie wenn sie von Schmerz und Wehmut bewegt werde. Sobezyl, Sie stehen als Zeuge hier. Verteidigen darf ich Sie nicht. Doch das tut nichts. Sie haben unter den schwersten Umständen die Wahrheit bekämpft. Seien Sie also überzeugt, daß das Gericht Ihrem einfachen Worte glauben wird. Sprechen Sie darum! Und Sobezyl sprach.

Am andern Morgen neigte Sobezyl sein Haupt unter das Richtbeil. Diesmal war das Opfer der Verhältnisse und der bestehenden Ordnung ein Schlachtopfer.

Das Blut von Beutchen schrie gen Himmel. Trotzdem ist die Barbarei der Polizeiaufsicht geblieben. Und wie lange wird sie noch bleiben?

Soziales und Parteileben.

Einblick in den Sumpf des Mädchenhandels und der weißen Sklaverei gestattete eine Anklage wegen Kuppelerei, die den Bordellwirt Karl Brennecke aus Mährisch-Odrau vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I in der Lin führte. Auf Grund einer bei der hiesigen Polizei eingegangenen Mitteilung ließ Kriminalkommissar v. Kraskow am 9. November abends auf dem Bahnhof Friedrichstraße den Angeklagten verhaften. Dieser war mit zwei Mädchen, die kurze Zeit in dem von ihm bewirtschafteten öffentlichen Hause tätig gewesen sind, hier angekommen und beabsichtigte, die Mädchen nach einem öffentlichen Hause in Lübeck zu überführen. Ein Mann in Mährisch-Odrau, der ein gewisses Interesse für die Mädchen hatte, hatte der hiesigen Zentralstelle für die Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels Kunde von der geplanten Verschleppung gegeben und darauf hin erfolgte die Festnahme des Brennecke und die Ueberführung der beiden Mädchen in das Frauen-Kerkerhaus, Auguststraße 60. Die Verhandlung ergab folgendes Bild: Die jetzt 21 bzw. 22 Jahre alten Mädchen sind vorzeitig dem Laster verfallen und auf ihren Wanderfahrten in die Hände einer Vermittlerin Frau Schmidt in Droppau geraten. Durch diese kamen sie in die Sklavensklaverei des angeklagten Brennecke, der in Mährisch-Odrau ein polizeilich konzipiertes öffentliches Haus unterhält. Sie befanden sich, wie dies bei solchen bedauerenswerten Geschäften immer der Fall ist, bald ganz in der Gewalt des Angeklagten, der sie zunächst bei der Frau Schmidt, wo sie 7 fl. schuldig waren, ausgelöst und dann für ihre bessere Equipierung vorgesorgt hatte. Dagegen sie durch ihre Schande Geld verdieneten, wuschen ihre Schulden bei dem Angeklagten lawinenartig an, und nach 14 Tagen sah die eine bei ihm schon mit 50 fl., die andere mit 40 in der Kreide. Nun war in Mährisch-Odrau in der Zeit vor Weihnachten das „Geschäft“ in solchen Häusern ein sehr mageres, und so suchte sich der Angeklagte der beiden Mädchen wieder zu entledigen. Er hatte sie auch nur als „Durchgangs-Ware“ betrachtet. Die Bordellwirte pflegen sich gegenseitig mit „Ware“ zu versorgen und so hatte der Angeklagte eines Tages von dem Hauswirt Paul Schilling in Lübeck, der dort in der Kamenstriede ein „Logierhaus für Mädchen“ betreibt, die briefliche Anforderung erhalten, ihm bei Gelegenheit doch zwei Mädchen zu „bringen“, da, wie es in dem oben genannten Briefe heißt, „er mit seinen alten Bekannten anräumen und frische Ware haben müsse“. Für die Ueberführung der von ihm begehrten zwei Mädchen hatte Schilling gleich den Betrag von 120 Kronen mitgeliefert. Der Angeklagte hielt sich in seinem Hause nur 16 und 17 Tage. Ware, er wußte aber, daß er dem „Kollegen“ in Lübeck nur Mädchen bringen dürfte, die über 21 Jahre alt waren, und so hielt er die beiden, mit denen er die Reise über Berlin nach Lübeck antrat, für die geeigneten Objekte. Er redete ihnen zu, ihr weiteres Heil in Deutschland zu versuchen und hatte sie bald heimlich, sich von ihm nach Lübeck bringen zu lassen. Wie die beiden Mädchen getrennt vor Gericht bestanden, hätten sie sich diesem Plane gar nicht widerlegen können, denn sie seien doch vollständig in der Gewalt des Brennecke gewesen. Für Bordellmädchen gebe es in Oesterreich so gar wie gar kein Recht, da die Polizeibeamten den Bordellwirren gewöhnlich beistehen. Das eine Mädchen ist jetzt übrigens Dienstmädchen, das andere Kellnerin. Der Angeklagte behauptet, daß der Gedanke einer Ueberführung nach Deutschland von den Mädchen selbst ausgegangen sei. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis, 1 Jahr Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. In dem Verbringen von Irnen von einem Bordell zu einem andern liegt nach Ansicht des Gerichts ein Vorüberbleiben der Unzucht durch Vermittlung und Gewährung von Gelegenheit. Der Antrag des Angeklagten, ihn gegen 3000 Mk. Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

Unbekannte Kritiker werden bestraft.

Die „Köln. Zig.“ berichtet: Das Schöffengericht Dortmund hat den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Franke, wegen Beleidigung der

beiden Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Oberhausen zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Franke hat den beiden Parteileitern zu Gunsten der Arbeiterzeitung vorgeworfen: Das Schöffengericht wüßte verurteilt den Geronnen Wismann, weil er in der polnischen Wisaaba der „Bergarbeiterzeitung“ die schlechten Wohnungsverhältnisse in Laurahütte einer scharfen Kritik unterzogen hatte, wegen Weisbedingung des dortigen Amtmannes zu vier Wochen Gefängnis.

Zum Strafbahnverkehr in Kopenhagen.

Die „Dän. Arbejdsgeber- und Meistervereinigung“ hat es offenbar wieder einmal auf eine Machtprobe abgesehen. Weil die ungefähr 1450 Strafbahn- und Omnibusangestellten von Kopenhagen und Frederiksberg streikten, sollen Zehntausende, ja, vielleicht alle 100 000 organisierten Arbeiter im ganzen Lande ausgesperrt werden, um ein für allemal das bei der besseren Geschäftskontinuität hier und da hervortretende Streben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen in keine zu ersticken. Gelingen wird der Plan sicherlich nicht. Daß dies die Absicht ist, kann man daraus schließen, daß die Verhandlungen hauptsächlich an einer Lohnforderung scheiterten, die der Kopenhagener Gesellschaft mit ihrem Millionenbudget eine Erhöhung ihrer Jahresausgabe um nur 1 000 Kronen verurteilt hätte. Es handelte sich hier wesentlich um einen Jahreslohn von 1600 Kronen, der für das Jahrpersonal nach 16jähriger Dienstzeit verlangt wurde. Die Gesellschaften wollen nicht mehr als 1550 Kronen bewilligen. Die Gesellschaften gehen nun äußerst rücksichtslos vor. Sie haben dem Personal durch Anschlag bekannt gegeben, daß jeder Streikende als entlassen gelten soll und daß seine durch Dienstalter erworbenen Rechte auf Lohnzulagen und Pension verfallen sind. Sämtliche bei den Verhandlungen gemachten Zugeständnisse sind zurückgezogen. Daß sich die Angestellten auch durch diese Drohungen nicht kühn machen lassen, ist ein Beweis für den Ernst und Kampfesmut, womit sie ihre Forderungen vertreten. Um die streikenden Kopenhagener Strafbahnangestellten in ihrem Kampfe für bessere Lebenshaltung niederzuringeln, wird versucht, in Deutschland Streikbrecher anzuwerben. Es wird versucht, alle derartigen Angebote strikte abzuweisen.

Aus Nah und Fern.

Ein Justizmord.

Am 21. August 1900 wurde in der Nähe von Nordburg auf Asten die kleine Duffine Müssen ermordet. Am Tage nachher wurde ein alter deutscher Landstreicher namens Deppe festgenommen. Trotz der Verweigerung seiner Unschuld wurde ihm der Prozeß gemacht. Er wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Was juchte hat der Verurteilte seine Unschuld behauptet. Unter den Zeitangaben, die für die Beweisnahme in Frage kamen, befand sich nur eine einzige, die mit absoluter Bestimmtheit und Genauigkeit auftraten konnte. Deppe war in das Haus einer Frau getreten, als gerade ihre kranke Tochter aufstand, und die Frau konnte darum nicht nur die Stunde, sondern auch die Minute mit aller Bestimmtheit angeben. Diese Zeitangabe aber sprach für Deppe. Dagegen aber fiel ein anderer Umstand zentraler ins Gewicht. Ein Zeuge war einer Herde aufgeschreckter Schafe und bald darauf der kleinen Duffine Müssen begegnet. Die chemische Untersuchung der Kleider Deppes fiel in bezug auf Wollspuren absolut negativ aus. Dagegen fanden sich an seinen Hosen Schafhaare und auf der Leiche der ermordeten Duffine Müssen wurden später auch Schafhaare gefunden. Nun ist es keineswegs unverständlich, daß sich auf der Hofe eines alten Landstreichers, der sich auf Bauernhöfen herumtreibt, in Viehhallen nährt, der beispielsweise am Tage vor seiner Festnahme mit einem alten Viehhüten gezecht hatte, Schafhaare finden. Der Staatsanwalt zog nun daraus folgenden Schluß — Indizienbeweis“ nennt man ja ein derartiges Verfahren: Die Haare auf der Leiche der Duffine Müssen stammen von der Schafherde, die der Zeuge gesehen und mit der Deppe zu tun gehabt hat, wie die Haare auf seinen Hosen beweisen. Dieses schwere Moment der Beweislage ist jetzt aber nicht nur entkräftet — es hat sich geradezu in ein Moment der Entlastung verwandelt. In der erneuten Verhandlung gegen den abermalig verurteilten wahrscheinlich geisteskranken mehrfachen Mörder Tejnow wurde festgestellt, daß er sich zur Zeit der Tat in Nordburg befand, wo er am Abend vorher zugezogen und darum noch völlig unbekannt war; es ist festgestellt, daß er gerade am dem Vormittag, an dem der Mord stattfand, abwesend war und erst mittags bei seinem Meister eintraf; es ist festgestellt, daß er auch Schafe niederzuschlagen pflegte, wenn die Bluträuber über ihn kam, und eine Herde aufgeschreckter Schafe trieb vor Duffine Müssen her. Weiter: die bestimmte Zeitangabe der oben erwähnten Frau sprach für Deppe; die Spuren an Ort und Stelle stimmten mit seinen Stiefeln nicht überein; der mutmaßliche Mörder, der von einem Mädchen gesehen wurde, trug einen Hut und Deppe trug eine Mütze. Wenn man das alles zusammenhält, ergibt sich eine an schreckliche Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit, daß der alte Landstreicher Deppe für die Tat des Mörders Tejnow geköpft worden ist. Durch diesen grausamen Justizmord wird das Verlangen nach Abschaffung der Todesstrafe wieder einmal auf das nachdrücklichste unterstützt. Es erhebt sich aber auch wieder die Notwendigkeit, der Justiz und ihren Organen zuzurufen: „Mehr Achtung vor dem

Leben! Auf solche „Beweise“ wie im vorliegenden Falle einen Menschen zum Tode zu verurteilen, geht doch über das Maß der Verantwortungsmöglichkeit hinaus.

Ein Angeklagter, der sich nicht „bluffen“ läßt.

Neu eine bewegte Gerichtsverhandlung berichtet die „Blätter“ vom 1. ds. Mts.: Der Gerichtsfretär beim Bezirksgericht Leopoldstadt sah sich gestern in einer gegen den Kellner Bertold Spielmann wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung eines Justizwachmannes durchgeführten Verhandlung veranlaßt, über den Angeklagten nacheinander vier Disziplinarstrafen wegen frechen Benehmens in der Dauer von sechs Tagen zu verhängen. Der Angeklagte beschuldigte die Justizwache, ihn aus Feindschaftlichkeit provoziert zu haben.

Richter: „Benehmen Sie sich anständig, sonst werden Sie eine Disziplinarstrafe erhalten.“

Der als Zeuge vernommene Wachtommandant schildert das exzessive Benehmen des Angeklagten.

Angekl.: „Mir scheint, die Red' haben Sie sich einen halben Tag auswendig gelernt, Sie halberter Advokat. (Zum Publikum gewendet): Er wird nächstens Feldmarschall-Leutnant!“

Richter: „Sie haben drei Tage Disziplinararrest, die Sie sofort antreten.“

Angekl.: „Recht schön! Nur los auf mich!“

Richter (noch aufgeregt): „Sie haben noch weitere 24 Stunden. Sofort abführen! Ich führe die Verhandlung in Ihrer Abwesenheit durch.“

Angekl. (genüßlich): „Meinetwegen. Reiben S' mich nur ein, damit ich meine Stiefel verlor.“

Der Angeklagte soll nun abgeführt werden.

Angekl.: „Ich laß' mich von Ihnen nicht „bluffen“. Ich werde Ihnen schon auch zeigen!“

Der Richter verurteilte Bertold Spielmann zu vierzehn Tagen Arrest. Als ihm das Urteil mitgeteilt wird, schreit er:

„Wegen so was geben Sie mir vierzehn Tag? Mich werden Sie nicht ruhig machen. Glauben Sie, ich laß' mich von Ihnen chikanieren, weil Sie mich kennen?“

Richter: „Sie haben weitere 24 Stunden Disziplinarstrafe.“

Angekl.: „Meinetwegen noch vier Tag. Das ist mir Wurst. Es ist einfach zu bloß.“

Richter: „Führen Sie ihn ab. (Zu dem Angeklagten:) Sie haben noch weitere 24 Stunden.“

Angekl. (immer ruhiger): „Sie können schreiben, so viel Sie wollen, ich fürcht' mich vor Ihnen nicht. (Zich verheugend:) Ich danke bestens, Herr Gerichtsfretär. Ich weiß jetzt schon, wie man's macht. Ich beruf' gegen Schulte und Strafe.“

Staatsanwaltschaftlicher Funktionär: „Ich berufe gegen das Strafmass.“

Angekl.: „Sehr schön, Herr Funktionär, ganz gut. Ich beruf' gegen Schuld und Strafe.“

In den Zuschauerraum ruft der Verurteilte beim Abführen:

„Schicks mir was Edentliches zum Essen und a Geld. (Zum Richter freundlich:) Herr Gerichtsfretär, Ihnen wünsch' ich ein angenehmes neues Jahr!“

Großfeuer im Arsenal zu Portsmouth.

In der Nacht zum 3. Januar brach in Portsmouth in verschiedenen Staatsmagazinen in der Nähe des Arsenals ein Feuer aus, das durch den heftigen Wind angefaßt, sehr bald eine bedrohliche Ausdehnung annahm. Nachdem die Truppen alarmiert worden waren und von den im Hafen befindlichen Schiffen die Feuerlöschabteilungen mit Spritzen auf dem Brandplatz erschienen, gelang es morgens 3 Uhr des Feuers Herr zu werden. Von den in den Magazinen lagernden Ausrüstungsgegenständen eines Armeekorps sind Sachen im Werte von vielen tausend Pfund Sterling vernichtet worden. Ähnlich wird der verursachte Schaden auf eine Viertel Million Pfund Sterling geschätzt.

Sattelfinder mit verdorbenem Gänsfleisch zu Tode geütert.

Ein standalbes Verbrechen wird der „Brandenb. Ztg.“ aus Antsdorf bei Angermünde berichtet. Aus einem Hause an der Dorfstraße drang seit einiger Zeit ein pestilenzartiger Geruch. Bei der Hausungung fand die Gendarmerie auf dem Boden vierzig Gänsfleisch und ein Faß mit überreichem Gänsfleisch. Nach dem Geständnis der Eheleute rührt das verdorbene Fleisch von Geflügelmästereien im Oderbruch her, die es verworfen hatten. Bei der behördlichen Untersuchung ergab sich, daß die bei dem Ehepaar untergebrachten Sattelfinder schlecht genährt und in schrecklich ungesundem Zustande waren. Drei Kinder sind kurz hintereinander verstorben und es besteht der Verdacht, daß sie von den verbrochenen Fleisch geütert worden sind. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, hoffentlich werden neben dem Mörderpaar auch die Personen zur Rechenschaft gezogen, deren Pflicht es gewesen wäre, sich um das Schicksal der bedauernswerten Kinder zu kümmern.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: J. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

vom Schlosse fliehen beide ab und gaben die Pferde den Dienern, die angewiesen wurden, ihrer an einem bezeichneten Plage zu harrn. Durch Geiripp und Dacht gingen sie jener Warte zu, wo der Fremde sich am östesten zeigen sollte. Es war indes dunkel geworden und der Mond zögerte noch, aufzugehen, doch bereits durch eine dämmernde Helle am Saum des Horizontes angekündigt. Da fiel plötzlich durch die dicht verthlungenen Zweige ein Licht in ihre Augen, in derselben Richtung, in der jene Warte liegen mußte. Sie blickten sich, den Mund des Waldes zu erreichen, und waren nun am Fuße des von Bäumen entblößten Hügels angekommen, auf dem die Warte stand. Aber kein Licht blickte durch die ausgedöckelten Schupfen; keine Spur eines menschlichen Wesens. Zwar wollte der alte Verwalter bei dem Schein des eben aufgehenden Mondes trübe Fußritte am Boden bemerken, auch war es keineswegs in der Ordnung, die Türe unverschlossen zu finden; aber das erste Anzeichen konnte täuschen, das andere ließ sich so leicht aus einer Nachlässigkeit des Schlagwerts erklären.

Leichter atmet, ging der Graf mit seinem Begleiter den Hügel herab, dem Schlosse zu. Der Mond war sein Silberhäber die ruhig schimmernde Wende und verwandelt das vor ihnen liegende Schloß in einen schimmernden Fernpalast. In der Seele Starichenski's ging, reizender als je, das Bild seiner Gattin auf. Jetzt erst gefand er sich, daß ein Teil des in ihm aufsteigenden Verdachtes ihr gegolten hatte, und nun, im Gefühle seines Unrechts, ihr Bild, wie sie sorglos schlummernd im jungfräulichen Bette lag, vor den Augen seiner Seele, entwand eine Sehnsucht nach ihr in seinem Innern, wie er sie seit den Tagen des ersten Begegnens, der bräunlichen Bewerbung kaum je empfunden hatte.

So träumte er, so ging er. Da fühlte er sich plötzlich angezogen. Sein Begleiter war's; der zeigte mit dem Finger vor sich hin in das hellerleuchtete Feld. Starichenski folgte

der Richtung und sah eine Mannesgestalt, welche, die vom Monde unerkleutete, dunkle Seite ihnen zugekehrt, übers Feld, dem Schlosse zuwärt. Der Graf war kein selbst nicht mächtig. Mit einem leisen Ausruf, dem geistlichen Säbel in der Faust, stürzte er auf die Gestalt los. Der Fremde, frühzeitig gewarnt, floh, vom Schlosse ab, den Bäumen zu. Schon im Begriffe, ihn dahin zu verfolgen, ward der Graf durch eine zweite Erscheinung davon abgehalten, die dicht an der Mauer des Schlosses sich hinstob. Diese zweite war bald erreicht und gab sich zitternd und bebend als Dortta, der Gräfin Kammermädchen kund. Auf die Frage: was sie hier gemacht? stotterte sie unzusammenhängende Entschuldigungen: die zweite wie sie hiesiger gekommen? beantwortete an ihrer Statt das geöfnete Ausfallpfortchen, das gewöhnlich versperrt und verriegelt, nur auf des Grafen Befehl mit einem Schlüssel, den er selbst verwahrt, geöffnet werden konnte.

Alle Versuche, von dem Mädchen ein Geständnis zu erpressen, waren vergeblich. Da ergriff sie der Graf hochgezürnt bei der Hand und führte sie gewaltfam durch die mannigfaltig verschlungenen Gänge bis zu den Zimmern seiner Gemahlin, die er noch erleuchtet und unverschlossen fand. Elga selbst war wech und in Kleidern. Der Graf, stotternd vor Wut, erzählte das Geschehene und verlangte, daß das Mädchen entweder augenblicklich bekennet, oder auf der Stelle aus Dienst und Hause entfernt werde. Dortta war auf die Knie gefallen und zitterte und weinte.

Starichenski hatte sich seine Gattin verlegen, oder seinem gerechten Vorne beistimmend gedacht. Keines von beiden gelang. Kalt und teilnahmslos hat sie ihn anfangs die Ruhe des Hauses nicht durch sein lautes Schelten zu hören, und als er fortzuehe und die Entfernung des Mädchens begehrte, da erklärte sie mit steigender Wärme: ihr gebühre, über das Verhalten ihrer Dienerin zu richten; sie selbst werde unterzogen und entscheiden. Der Graf, angetrieben, zog das Mädchen vom Boden auf, sie gewaltfam aus dem Zimmer zu bringen,

aber Elga, hochgütig vor Zorn, sprang hinzu, ergriff des Mädchens andere Hand, riß sie zu sich, indem sie ausrief: „Nun denn, so stoß auch mich aus dem Hause, denn daran ist es doch wohl abgesehen! Daß ich früher dich so gekannt wie jetzt! Unglückliche, die ich bin! Ich sehe ja laut weinend fort; gekränkt, mißhandelt! Aber schuldlose Diener sollen nicht um meinetwillen leiden! Dabei zeigte sie dem Mädchen mit dem Finger auf die Türe ihres Schlafgemaches; dieses verstand den stimmnen Befehl und ging eilig hinein. Elga folgte und schloß die Türe hinter sich ab.“

Starichenski stand wie vom Donner getroffen. Einmal raffte er sich empor und ging auf das Zimmer seiner Frau zu; halben Weges aber blieb er stehen und verankert neuerdings in dumpfes Stöhnen. Der alte Hausverwalter trat zu ihm und sprach einige Worte; der Graf aber ging ohne Antwort an ihm vorüber zur Türe hinaus, über die Gänge auf sein Gemach, das im entgegengesetzten Flügel des Schlosses lag. In der Schwelle wendete er sich um, durch eine Bewegung der Hand jede Begleitung zurückweisend, und die Türe ging hinter ihn zu. Wie er die Nacht zubrachte — wer kann es wissen? Der Diener, der des Morgens zu ihm eintrat, fand ihn angekleidet auf einem Stuhle sitzend. Er schien zu schlafen, doch näher besehen, standen die Augen offen und starrten vor sich hin. Der Diener mußte einmal seinen Namen nennen, bis er sich bewegte. Dann ermahnte jener seine Botchaft, indem er ihn im Namen der Gräfin bat, das Frühstück auf ihrem Zimmer einzunehmen. Starichenski sah in staunend an, dann aber starb er auf und folgte schweigend, wohin jener ihn, verhörend, geleitete.

(Fortsetzung folgt.)